

**LEISTUNG. AUFSTIEG.
SICHERHEIT.**

**DO
IT
NOW!**



Inhalt

Intro

Vorwort	5
Zusammenfassung	7
Überblick	7
Handlungsempfehlungen	8

Time is right! – Staatsfinanzen

Echte Entlastung braucht das Land	12
Steuer auf die Inflation: Wie der Staat den Bürgern jedes Jahr ein bisschen mehr abknöpft	16
Die Pension ist nur sicher, solange der Steuerzahler einspringt	19
Fiskalregeln: Dem Sirenengesang der Verschuldung widerstehen	23

Ready, steady, go! – Wirtschaftsstandort

Den Investitionsturbo zünden	28
Gazellen und Einhörner braucht das Land!	32
Digitalisierung: Chancen nutzen statt Ängste schüren	37
Bildung: Wenn schon teuer, dann auch „sehr gut“	40
Wie es zum Arbeitsmarktversagen gekommen ist	45

Get it done! – System Österreich

Die Herrschaft der Bürokratie	50
Die Feinde einer offenen Politik	56
Literatur	62
Impressum	70

Leistung. Aufstieg. Sicherheit.

Wer heutzutage die Ansicht vertritt, dass Regierungen in konjunkturell guten Zeiten Budgetüberschüsse erwirtschaften sollten, outet sich als wirtschaftspolitischer Reaktionär.

Modern ist, wer meint, dass Staaten in Zeiten niedriger Zinsen das für die Umsetzung ihrer politischen Wunschliste erforderliche Geld einfach drucken lassen sollten.

Wir von der Agenda Austria sind in dieser Hinsicht ein wenig altmodisch. Wir meinen, dass die Nullzinsen eine geradezu historische Chance bieten, den Staat grundlegend zu modernisieren, ohne die Bevölkerung zu überfordern. Die nächste Bundesregierung sollte dieses günstige Umfeld nutzen.

Dazu braucht es zwei Dinge. Erstens eine Regierung, die den Verlockungen der Notenpresse widersteht. Und zweitens ein Konzept. Letzteres finden Sie auf den folgenden Seiten. Dabei legen wir der künftigen Bundesregierung ans Herz, sich in ihrem Tun an Bruno Kreisky zu orientieren. Respektive an seinem Slogan „Leistung. Aufstieg. Sicherheit“. Über die eigene Leistung sollte allen Bürgern der soziale Aufstieg möglich sein. Und jene, die diesen Aufstieg aus eigener Kraft nicht schaffen, sind von den Leistungsfähigen mit nach oben zu nehmen.

Deshalb steht die steuerliche Entlastung im Mittelpunkt unserer Empfehlungen. Den Menschen muss mehr von dem bleiben, was sie tagtäglich erwirtschaften. Zu wenig diskutiert wird darüber, wie sehr sich mit der Digitalisierung die Anforderungen an den Wirtschaftsstandort verändern. In Kapitel zwei zeigen wir, was zu tun wäre.

Kapitel drei rückt das „System Österreich“ in den Mittelpunkt. Während der Staat von seinen Bürgern ein Höchstmaß an Transparenz einfordert, geben sich die staatlichen und halbstaatlichen Institutionen zugeknöpft. So kann das nicht bleiben. Transparenz ist neben dem Kostendruck schließlich der wichtigste Verbündete der Veränderung.

Eine aufschlussreiche Lektüre wünscht Ihnen

Franz Schellhorn
Direktor Agenda Austria

Zusammenfassung

Überblick

Seit Jahren versprechen Politiker regelmäßig, den österreichischen Wirtschaftsstandort mit Reformen und Zukunftsinvestitionen an die internationale Spitze zu führen.

Auch die Regierung aus ÖVP und FPÖ wollte das Land nach vorne bringen. Mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit, der begonnenen Zusammenlegung der Sozialversicherungen und den Verschärfungen für den Bezug der Mindestsicherung wurden zwar erste Anpassungen vorgenommen, aber wirklich näher gekommen ist Österreich den Top Ten der weltweit wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsstandorte nicht. Das auch deshalb nicht, weil die Regierungen anderer Länder deutlich veränderungsbereiter sind als die österreichische.

Ins Zentrum ihrer Arbeit sollte die künftige Regierung die Konsolidierung der Staatsfinanzen rücken. Nur in vier europäischen Ländern bleibt den Arbeitnehmern netto weniger von ihrem erwirtschafteten Einkommen übrig als in Österreich. Und dank der nicht abgeschafften Inflationssteuer, der sogenannten „kalten Progression“, wird es jedes Jahr noch weniger. Nur dank der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und der niedrigen Zinsen schaffte es die Republik Österreich im vergangenen Jahr, keine neuen Schulden aufzunehmen. Ambitioniert sieht anders aus.

Während sich die industrialisierte Welt mit Volldampf dem digitalen Umbruch widmet, wird hierzulande noch an einer analogen Zukunft geschraubt. Regulierungen, Bürokratie und Intransparenz verhindern Wettbewerb und Erneuerung sowie Klarheit darüber, was hinter den Kulissen tatsächlich passiert. Das muss sich ändern, will Österreich seinen hohen Wohlstand erhalten und weiter ausbauen.

Handlungsempfehlungen

Den Faktor Arbeit deutlich und dauerhaft entlasten: Die wichtigste Maßnahme bleibt, die Steuer- und Abgabenlast merklich zu senken. Und das nicht nur gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Vielmehr sollten Arbeitnehmer weniger Geld vom erwirtschafteten Einkommen an den Staat abführen müssen. Eine Steuerentlastung müsste daher mehr als nur die Rückgabe der automatischen Steuererhöhungen durch die kalte Progression enthalten. Insgesamt sollten die Steuern auf Arbeit im Ausmaß von acht bis neun Milliarden Euro gesenkt werden, um die Belastung auf das Niveau der Eurozone zu senken. Einem Durchschnittsverdiener würden so rund 3.100 Euro mehr im Jahr übrig bleiben. Damit die Entlastung nicht gleich wieder verpufft, muss die Steuer-senkung mit der Abschaffung der kalten Progression einhergehen. So wäre eine zukünftige Steuersenkung dann auch eine wirkliche Entlastung.

Länger leben, länger arbeiten: Der größte Ausgabeposten im Budget ist das öffentliche Pensionssystem. Soll die Abgabenlast dauerhaft gesenkt werden, geht das nicht, ohne ausgabenseitig einzusparen. Damit diese Einsparungen nicht in einer niedrigeren Pension enden, muss die steigende Lebenserwartung beim gesetzlichen Pensionsantrittsalter berücksichtigt werden. Konkret: Das gesetzliche Pensionsantrittsalter muss ab sofort jedes Jahr um zwei Monate angehoben werden, bis 67 Jahre erreicht sind. Anschließend wäre das gesetzliche Pensionsantrittsalter automatisch an die zunehmende Lebenserwartung anzupassen. Das System wäre so zu gestalten, dass die in der Pension verbrachte Zeit zwar weiter steigt, aber das Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Pension gleichbleibt.

Das Ausgabenproblem lösen: Österreich hat ein Ausgaben- und kein Einnahmenproblem, wie die Agenda Austria seit ihrer Gründung betont. Damit künftig in guten Jahren regelmäßig Überschüsse anfallen, braucht es eine funktionstüchtige Ausgabenbremse. Vorbild könnte hier Schweden sein: Dort gibt es seit 2010 für den Bund ein Überschussziel von einem Prozent des BIP. Weil diese Vorgabe für den Zeitraum eines ganzen Konjunkturzyklus gilt, ist das Land in Krisenzeiten dennoch handlungsfähig. Begleitet wird die Regel von einer Ausgabenbeschränkung. Hierbei wird im Parlament das Budget für mindestens drei Jahre unter Einhaltung des Überschussziels beschlossen.

Der Staat im 21. Jahrhundert: Die Verwaltung muss transparenter und digitaler werden. Erste Schritte wurden bereits von Vorgängerregierungen unternommen, es fehlt aber ein Gesamtkonzept, das den Bürger in den Mittelpunkt

rückt und klärt, wie die Daten auch innerhalb der Behörden zu nutzen sind. Es gibt Vorbilder wie Estland, wo inzwischen fast jeder Verwaltungsakt mobil erledigt wird. Auch hierzulande sollten alle Behördengänge in Zukunft über ein zentrales Portal möglich sein. Die dortige Verarbeitung der Daten muss transparent nachverfolgbar sein, um das Vertrauen der Bürger zu gewinnen und Missbrauch zu verhindern.

Kapital aktivieren: Damit mehr Geld in junge Unternehmen investiert wird, braucht es Anreize für die Geldgeber. Daher wäre es wichtig, Verluste aus Beteiligungen nicht nur im Jahr des Verlusteintrittes absetzen zu können, sondern auf mehrere Jahre verteilt. Im Bereich der Risikokapitalfinanzierung sollte daher eine mehrjährige Durchrechnungsperiode geschaffen werden, in der die Verluste aus Investitionen mit den Gewinnen steuerlich gegengerechnet werden können. Im Gegenzug könnte die öffentliche Hand als Investor in den Hintergrund treten. Gegenwärtig erschweren es die öffentlichen Gelder privaten Investoren gerade in frühen Phasen, in vielversprechende Start-ups zu investieren, da sie mit den Konditionen öffentlicher Anbieter oft nicht konkurrieren können.

Mehr Ressourcen bei höherem Bedarf: Österreich steckt viel Geld in das Bildungssystem. Allein die Resultate aus den internationalen Vergleichstests weisen darauf hin, dass davon zu wenig bei den Schülern ankommt. Der Staat muss also nicht mehr, sondern besser in die Bildung investieren. Für das Budget von Schulen sollte daher ein Sozialindex (Alltagssprache, Bildungshintergrund der Eltern etc.) berücksichtigt werden. Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern aus bildungsfernen Schichten sollten zusätzliche Mittel erhalten. Direktoren haben gleichzeitig mehr Personalverantwortung und können sich die Lehrer aussuchen – jene, die für den Beruf weniger geeignet sind, also auch kündigen. Allerdings sind Schulen rechenschaftspflichtig und müssen auch nachweisen können, dass die Schüler durch die zusätzlichen Mittel auch deutlich vorangekommen sind.

Verpflichtend transparent: In Österreich ist es der unangemessene Normalfall, dass Behörden ihr Tun gerne in den Mantel des Schweigens hüllen. Ein umfassendes Recht auf Information und Einsicht in die Akten der Verwaltung sollte Usus sein. Überall dort, wo das Geld des Bürgers verwendet wird, muss maximale Transparenz herrschen. Verträge der Regierung sollten ebenso einsehbar sein wie die Mittelverwendung unserer Zwangsvertretungen.

KAPITEL I: STAATSFINANZEN

TIME



IS
GHT!

**WAS WARTET AUF DIE NÄCHSTE
REGIERUNG AN ARBEIT, WELCHE
SCHALTER MÜSSEN UMGELEGT
WERDEN, UM ÖSTERREICH
VORANZUBRINGEN?**

Echte Entlastung braucht das Land

Mit der geplanten Steuerreform wollte die alte Regierung die Bürger kräftig entlasten. Auch die nächste Regierung sollte am Steuerrad drehen und die Belastung abmildern.

Mitten in die Ibiza-Wogen platzte in Österreich das alljährliche Wettbewerbsranking des IMD (International Institute for Management Development) aus der Schweiz herein. Dort rangiert unser Standort derzeit auf Platz 19 von 63, im Vorjahr war es noch Platz 18. Der Weg an die Spitze ist noch ein wenig länger geworden.

Die Steuerpolitik als Standortbremse

Dabei hätte Österreich die besten Voraussetzungen für einen Platz unter den Top Ten, in denen sich Singapur, die USA, die Schweiz, aber auch EU-Länder wie die Niederlande, Irland, Schweden und Dänemark befinden. Speziell die Steuerpolitik zieht Österreich nach unten: Hier liegt Österreich auf Rang 61 und damit auf dem drittletzten Platz. Unter den europäischen Ländern belegen wir in dieser Kategorie gar den letzten Platz.

Das hat vor allem damit zu tun, dass Österreich den Faktor Arbeit besonders stark belastet. Der Abstand zwischen dem Netto und den Kosten für den Arbeitgeber ist nur in vier Ländern der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) höher als in Österreich.¹ Gerade im mittleren und oberen Einkommenssegment wird jeder verdiente Euro hoch besteuert.

¹ Vgl. OECD (2019a).

Der Maler streicht an, der Staat streicht ein

Zur Veranschaulichung dient hier etwa das Beispiel eines Malers, um zu zeigen, was Arbeit kostet und was von Arbeit bleibt. Will eine Durchschnittsverdienerin für 600 Euro ausmalen lassen, muss sie knapp 1.087 Euro erwirtschaften, um nach Abzug aller Steuern die Rechnung zahlen zu können. Dem Maler bleiben nur 261 Euro netto, während bei der ganzen Transaktion 826 Euro über Steuern und Sozialversicherungsbeiträge an die staatlichen Kassen gehen. Das ist eine hohe Steuerhürde, die dazu beiträgt, dass die Arbeit entweder selbst, gar nicht oder im Schatten von Finanz und Sozialversicherung erledigt wird.

Zudem trägt die progressive Ausgestaltung der Einkommensteuer wesentlich zur hohen und steigenden Belastung bei: Hierzulande zählt man ab einem monatlichen Bruttoverdienst von rund 3.150 Euro zum obersten Viertel aller Einkommensbezieher. Diese Gruppe der Arbeitnehmer zusammengenommen zahlt in Österreich mehr als drei Viertel des Lohnsteueraufkommens, das oberste Prozent kommt auf knapp 16 Prozent.

Wenn im Durchschnitt nur die Hälfte bleibt

Die gesamte Belastung der Arbeitskosten mit Steuern, Sozialversicherung und sonstigen Abgaben liegt bereits bei Durchschnittsverdienern nahe der 50 Prozent (siehe Abbildung 3). Bei so einem Einkommen kassiert der Staat also fast genau so viel wie der Ar-

beitnehmer. Je geringer das Einkommen, umso mehr vom Abgabenkeil geht an die Sozialversicherung. Inklusiv der Dienstgeberbeiträge führt ein Vollzeitbeschäftigter im Schnitt Beiträge im Gegenwert eines Kleinwagens an die Sozialversicherung ab.² Daran hätte auch die geplante Steuerreform (zu) wenig geändert.

Die Europäische Kommission empfiehlt regelmäßig, dass der Faktor Arbeit in Österreich stark entlastet werden sollte. Damit ist die EU-Kommission nicht alleine, auch wir von der Agenda Austria sehen das seit vielen Jahren genauso. Im Schnitt summieren sich die Steuern und Abgaben für den Faktor Arbeit in der Eurozone auf 20,9 Prozent des BIP, in Österreich hingegen auf 23,1 Prozent.³ Wenn Österreich nun in Richtung des Eurozonen-Durchschnitts kommen wollte, wäre dafür eine dauerhafte Entlastung im Ausmaß von rund neun Milliarden Euro nötig. Eine wirklich ambitionierte Steuerreform müsste also deutlich größer ausfallen, als dies bei den jüngsten Reformen und Vorschlägen der politischen Parteien der Fall war.⁴

Bemerkenswert ist auch, dass der Staat eine Entlastung an anderer Stelle gar nicht genutzt hat, um die Steuern für seine Bürger nachhaltig zu senken. Denn dank der Europäischen Zentralbank zahlt die Republik heute für ihre in der Finanzkrise deutlich gestiegenen Schulden deutlich geringere Zinsen (siehe Abbildung 4).

Wäre die Zinsbelastung in Relation zur Wirtschaftsleistung seit dem Vorkrisenzeitraum übrigens stabil geblieben, hätte – so die Berechnungen der Agenda Austria für die Jahre 2009 bis 2019 – die Republik 34,8 Milliarden Euro mehr für den Schuldendienst aufwenden müssen.

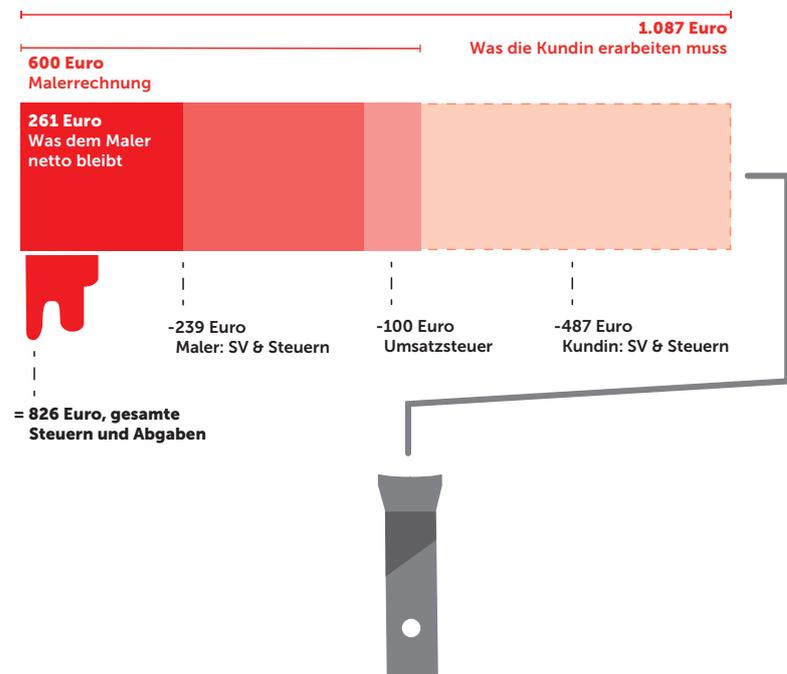
Laut der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (OeBFA) erspart sich der Staat über die gesamte Laufzeit der aktuell noch ausstehenden Staatsanleihen sogar 69 Milliarden Euro.⁵ Möglichkeiten für Entlastungen gibt es also genug.

Die Regierungskrise und die dadurch ausgerufenen Neuwahlen haben zwar die Steuerreform verhindert, der Handlungsbedarf im Steuerbereich ist aber um nichts kleiner geworden, ganz im Gegenteil.

Abbildung 1: Will eine Durchschnittsverdienerin für 600 Euro ausmalen lassen, muss sie knapp 1.087 Euro erwirtschaften, um nach Abzug aller Steuern die Rechnung zahlen zu können. Dem Maler bleiben von den 600 Euro netto nur 261 Euro.

Was Arbeit kostet und was von Arbeit bleibt

– was eine typische Angestellte erarbeiten muss, um ihren Maler zu bezahlen



Quelle: Eigene Berechnung.
Anmerkung: Steuern und Abgaben für eine Angestellte mit einem Einkommen von rund 2.400 Euro brutto. Für den angestellten Malermeister ist ein Monateinkommen von rund 3.200 Euro brutto unterstellt. Die Abgaben umfassen sowohl Dienstnehmer- als auch Dienstgeberbeiträge.

² Vgl. Agenda Austria (2018a).

³ Vgl. EU-Kommission (2018a).

⁴ Vgl. Kucsera & Sustala (2019).

⁵ Daten laut OeBFA, zitiert nach Der Standard (2019a).

Handlungsempfehlungen

Den Faktor Arbeit deutlich entlasten: Österreich braucht eine offensive Steuerreform, die eine wesentliche Vereinfachung des Steuerrechts und eine spürbare Senkung der Steuerlast bringt. Dazu gehört mehr als nur die Rückgabe der automatischen Steuererhöhungen durch die kalte Progression. In unserem Modell bleiben einem Angestellten mit durchschnittlichem Einkommen rund 3.100 Euro mehr im Jahr übrig.⁶ Die Steuern auf Arbeit sollten im Ausmaß von acht bis neun Milliarden Euro gesenkt werden, um den Standortnachteil bei den Steuern zu schmälern.

Leistung belohnen: Insbesondere im Wettbewerb um Fachkräfte und Talente sollte das Steuerrecht von einer Hürde in einen Vorteil für den Wirtschaftsstandort umgestaltet werden.⁷ Daher plädieren wir für die Einführung einer sozialversicherungs- und einkommensteuerbegünstigten Gewinnbeteiligung für die Mitarbeiter. Pro Jahr sollten bis zu 3.000 Euro an einen Mitarbeiter ausgeschüttet werden dürfen, ohne dass ein Cent davon an den Finanzminister oder die Sozialversicherung gehen sollte.

⁶ Vgl. Kucsera & Sustala (2019).

Gilt für ganzjährig vollzeitbeschäftigte Angestellte.

⁷ Vgl. OECD (2019b).

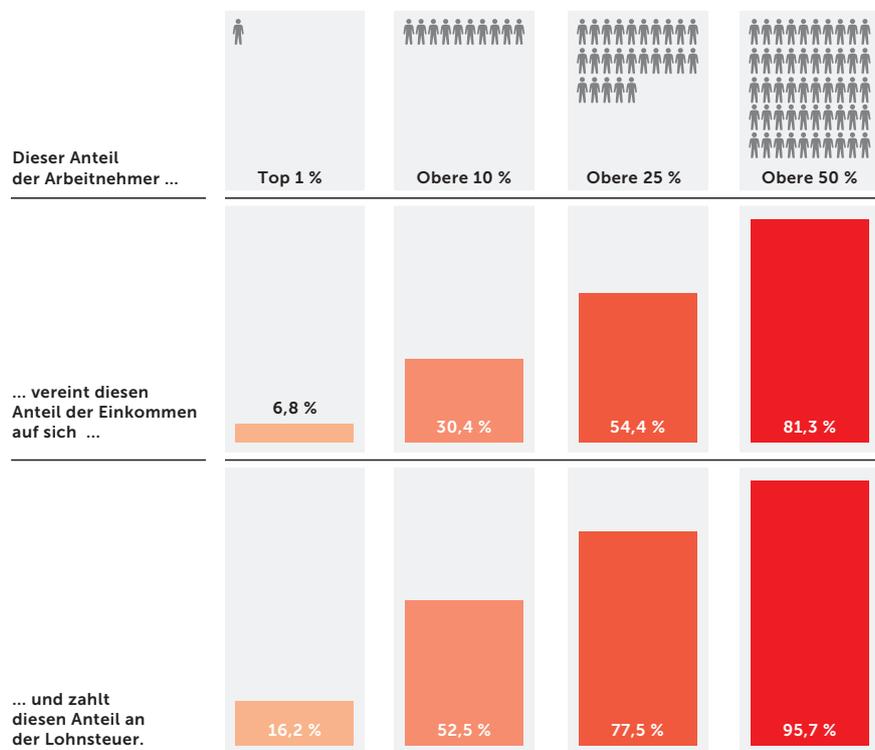
In der Sozialversicherung sparen und entlasten:

Um die Abgabenbelastung bei den niedrigen und mittleren Einkommen zu senken, sollte die Sozialversicherungsreform auch zur Senkung der Beiträge genutzt werden. Eine Senkung der Beiträge um einen Prozentpunkt würde eine Entlastung von rund 1,2 Milliarden Euro netto bringen. Die Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger sollte dafür genutzt werden, eine solche Entlastung zu ermöglichen. Ergänzend zur Verwaltungszusammenlegung wären Maßnahmen zu setzen, die die überdurchschnittliche Inanspruchnahme von Spitalsambulanzen für medizinische Behandlungen reduzieren.

Arbeitskosten aufzeigen: Vielen Beschäftigten ist gar nicht klar, dass zusätzlich zu ihrem Bruttogehalt auch noch Lohnnebenkosten anfallen, etwa die Beiträge der Dienstgeber zum Familienlastenausgleichs-

Abbildung 2: Ab einem jährlichen Bruttojahreseinkommen von rund 44.000 Euro zählt man in Österreich zum obersten Viertel der Einkommensbezieher. Diese Gruppe der Arbeitnehmer zusammengenommen zahlt in Österreich mehr als drei Viertel der Lohnsteuer, das oberste Prozent kommt auf knapp 16 Prozent.

Wie viele Arbeitnehmer wie viel Lohnsteuer zahlen

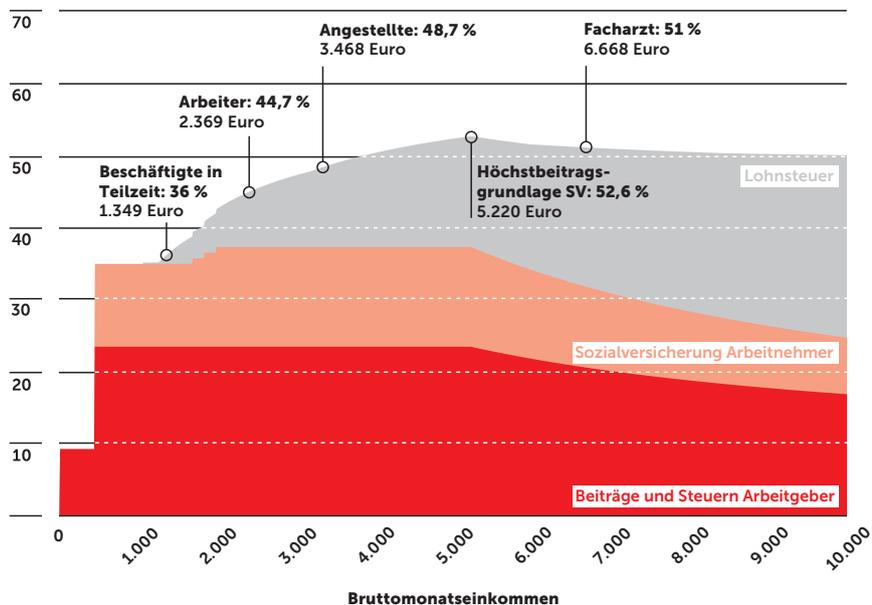


Quelle: Eigene Berechnungen, Statistik Austria (2019a).

Abbildung 3: Österreich ist ein Hochsteuerland.
Und zwar bereits für durchschnittlich verdienende Arbeiter und Angestellte.

Wie stark der Faktor Arbeit belastet ist

– Anteil der Steuern und Abgaben in Prozent der Arbeitskosten, Bruttoeinkommen in Euro



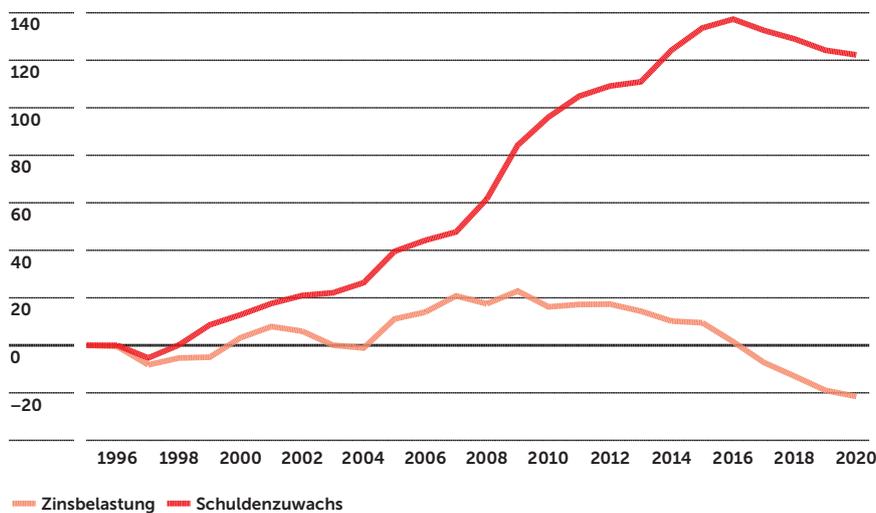
Quelle: Eigene Berechnungen, Statistik Austria (2019b).

Anmerkung: Alle dargestellten Datenpunkte entsprechen je den mittleren Einkommen der Beschäftigten. Das mittlere Einkommen des Facharztes gemäß des allgemeinen Einkommensberichts. Die übrigen Angaben für ganzjährig Beschäftigte. Alle Angaben für Männer und Frauen zusammen. Darstellung ohne Negativsteuer.

Abbildung 4: Seit 2009 sinken die Zinsen, sodass sich trotz steigender Verschuldung die Ausgaben für den Schuldendienst rückläufig entwickeln.

Schulden und Zinslast in Österreich

– Veränderung seit 1995, in Prozent



Quelle: EU-Kommission (2019a).

Anmerkung: Werte für 2019 und 2020 sind Prognosen.

fonds. Das trägt dazu bei, dass die Differenz zwischen Nettolöhnen und Gesamtarbeitskosten in Österreich höher als anderswo ist. Um mehr Klarheit zu schaffen, sollte es einen transparenten Lohnzettel geben, der den Beschäftigten die Schere zwischen Arbeitskosten und Nettolohn klar zeigt. Dafür braucht es aber keinen Staat, das können alle Unternehmen selbst machen. Wir von der Agenda Austria helfen bei technischen oder gesetzlichen Fragen gerne weiter.

Radikal ausräumen: So hoch die Steuern in Österreich sind, so hoch ist auch die Zahl der Ausnahmen im Steuerrecht. Die hundertenden Sonderregelungen sollten radikal reduziert werden, um dadurch das System einfacher, transparenter und verständlicher zu machen. Die komplexe und großzügige Pendlerförderung sollte auch unter dem Umweltaspekt deutlich gekürzt werden, die Einsparungen eins zu eins in eine Senkung der allgemeinen Steuertarife fließen.

Steuer auf die Inflation: Wie der Staat den Bürgern jedes Jahr ein bisschen mehr abknöpft

Schon seit mehreren Jahren fordert die Agenda Austria, die kalte Progression abzuschaffen. Den Finanzminister mag dieses Zusatzeinkommen freuen, für die Bürger ist es eine versteckte Steuererhöhung.

8,5 Milliarden Euro. So viel wird die kalte Progression zwischen 2016 und 2022 den Österreichern zusätzlich aus der Tasche ziehen. Und das geht so: Während die allermeisten Löhne und Gehälter in Österreich jährlich um die Inflation bzw. etwas darüber angepasst werden, ist das Steuersystem starr. Die gleichbleibenden Steuerstufen sorgen dafür, dass die Steuerbelastung für alle Steuerzahler automatisch steigt. Die Inflation bläst den Durchschnittssteuersatz also immer weiter auf – obwohl man real gar nicht mehr verdient.

Was die kalte Progression ist, wird hier verdeutlicht:

Nehmen wir ein konkretes Beispiel: Eine Arbeitnehmerin, die 2016 rund 30.000 Euro brutto verdient hat, lieferte dafür 2.528 Euro Lohnsteuer ab. Wenn ihr Gehalt seither jedes Jahr nur um die Inflation angehoben worden ist, bekommt sie heuer rund fünf Prozent mehr Lohn – sie zahlt aber um 15 Prozent höhere Steuern: 2.913 Euro. Und das, obwohl sie real ja nicht mehr verdient, weil ihr ja nur die Teuerung abgegolten wurde. Wenn die kalte Progression abgeschafft wird, zahlt sie ebenfalls nur um fünf Prozent mehr Lohnsteuer.

Vor einer Wahl hat die kalte Progression wenige Freunde ...

Auch die zuletzt regierenden Parteien ÖVP und FPÖ wollten die kalte Progression abschaffen – zumindest in ihren Wahlprogrammen 2017. „Weg mit der kalten Progression – hin zu nachhaltiger Politik“, hieß es etwa im türkisen Programm. Doch Bundeskanzler Sebastian Kurz nannte die Abschaffung im April 2019 gar „unsozial“. Dabei ist es die kalte Progression, die unsozial ist, denn sie fällt auch bei Durchschnittsverdienern übermäßig aus, wie obiges Beispiel zeigt. Im Vergleich zur Steuerlast trifft die kalte Progression speziell Gering- und Mittelverdiener. Sie sorgt auch für einen Taschenspielertrick bei Steuerreformen: Die exemplarische Steuerzahlerin hätte ihre eigene Entlastung im

Die kalte Progression ist unsozial und trifft vor allem Gering- und Mittelverdiener.

Rahmen der angekündigten Steuerreform zumindest im ersten Jahr der Entlastung größtenteils vorausfinanziert.

... doch noch jeder Finanzminister hielt an ihr fest

Warum wurde die kalte Progression nicht abgeschafft? Ganz einfach: Weil sie das Regieren bequemer macht. Es ist nämlich so: Für den Finanzminister und die Bundesregierung liefert die kalte Progression durch die entstehenden Mehreinnahmen jene Spielräume, mit denen alle paar Jahre eine Steuerreform als soziale Wohltat vermarktet werden kann. Damit fallen Steuerreformen etwas üppiger aus und werden oft als „größte Steuerreform aller Zeiten“ tituliert. Doch ermöglicht werden die Superlative durch die stetig steigende Belastung im Zuge der kalten Progression: Ausgehend von der letzten Steuerreform im Jahr 2016 wird die kalte Progression bis zum Ende des heurigen Jahres 2019 bereits rund 2,1 Milliarden Euro zusätzliches Steuergeld in die Kassen gespült haben. Seit Beginn der letzten Legislaturperiode bis 2022 wären es 8,5 Milliarden Euro gewesen.

Parallel dazu darf sich der Staat ohnedies über Steuereinnahmen in Rekordhöhe freuen. Die kalte Progression braucht es gar nicht. Insgesamt sollte die gute Konjunkturlage von der kommenden Regierung genutzt werden, um die Belastungen der Bürger spürbar zu senken. Und dazu gehört auch, der Inflationsbesteuerung den Garaus zu machen. Denn wird diese heimliche Steuererhöhung nicht abgeschafft, wird keine Steuerreform eine nachhaltige Entlastung bei den Steuerzahlern bewirken.

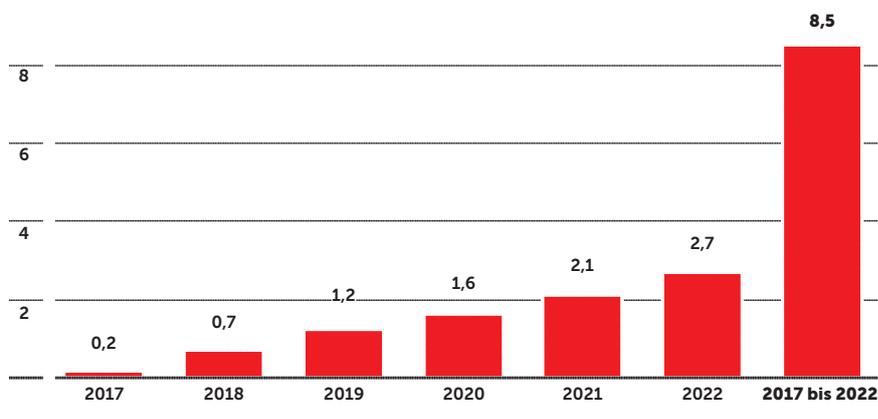
Andere Länder kommen ohne Inflationssteuer aus

Wer übrigens Angst vor den sozialen Folgen der Beseitigung der kalten Progression haben sollte, kann sich Länder wie Dänemark, Schweden und die Schweiz ansehen. Interessanterweise sind dies auch

Abbildung 5: Die kalte Progression wird ausgehend von der Steuerreform 2016 bis zum Ende des heurigen Jahres 2019 bereits rund 2,1 Milliarden Euro zusätzliches Steuergeld in die Kassen gespült haben – bezahlt von allen Arbeitnehmern und Pensionisten. Seit 2017 bis 2022 werden es 8,5 Milliarden Euro sein (Stand der Prognose: 15.02.2019).

Was die kalte Progression die Steuerzahler kostet

– in Milliarden Euro



Quelle: Eigene Berechnungen. Statistik Austria (2019c).
Anmerkung: Basis Steuerreform 2016.

jene Länder, die sich als große Steuerstrukturreformer einen Namen gemacht haben. Sie haben nicht nur die kalte Progression abgeschafft, sondern auch Ausgabenbremsen in ihren öffentlichen Haushalten eingebaut. Was nichts daran ändert, dass Dänemark, Schweden oder die Schweiz nach wie vor zu den lebenswertesten Ländern der Welt gehören.

Handlungsempfehlungen

Das Steuersystem auf Räder stellen: Österreich sollte es vielen entwickelten Industrienationen nachmachen und die Einkommen nicht länger nur wegen der Inflation automatisch höher belasten. Ein Steuersystem, das wie in der Schweiz alle Tarifstufen sowie die Absetz- und Freibeträge jährlich an die Inflation anpasst, würde die kalte Progression gänzlich aus der Welt schaffen.

Einkommen weiter entlasten: Österreich könnte wie Schweden noch einen Schritt weitergehen und die Steuertarife nicht nur an die Inflation, sondern sogar an die Lohnentwicklung anpassen. So wird nicht nur die kalte Progression eliminiert, sondern auch die Steuerbelastung gemessen am Einkommen konstant gehalten.



Im europäischen Vergleich gehört Österreich zu den Ländern mit den höchsten Pensionszahlungen im Verhältnis zur Wirtschaftskraft.

Die Pension ist nur sicher, solange der Steuerzahler einspringt

Wer den Staatshaushalt nachhaltig sanieren will, kommt um die Pensionen nicht herum. Die nächste Regierung muss am Pensionsantrittsalter drehen und dieses Thema ganz oben auf ihre Agenda setzen.

Die Regierung aus ÖVP und FPÖ hat mit den Reformen der Sozialversicherungen und der Mindestsicherung zwar Veränderungen für den Sozialstaat auf den Weg gebracht, aber eine wichtige Baustelle ganz bewusst nicht angerührt. Die Rede ist vom Pensionssystem. Jede Anpassung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters an die Lebenserwartung wurde für die gesamte Legislaturperiode ausgeschlossen. Obwohl Männer und Frauen um rund sieben Jahre länger leben, ist der Zeitpunkt des Pensionsantritts seit 1970 de facto unverändert geblieben. Waren Männer und Frauen damals 13,6 bzw. 18,5 Jahre im Ruhestand, sind es mittlerweile bereits 21,4 bzw. 26,5 Jahre. Frauen sind damit in etwa ein Vierteljahrhundert in Pension.

Das Gewissen mit geschönten Statistiken beruhigen

Wie kann es also sein, dass Arbeitnehmerverbände und Politiker behaupten, die Pensionen seien sicher? Als Antwort wird gerne angeführt, dass das faktische Pensionsantrittsalter ohnehin näher an das gesetzliche heranrücke. Verschwiegen wird allerdings, dass diese Entwicklung zu einem guten Teil auf eine statistische Korrektur zurückzuführen ist. So werden in den amtlichen Zahlen seit 2014 die Rehageldbezieher nicht mehr erfasst, also jene Menschen, die keine normale Alterspension erhalten,

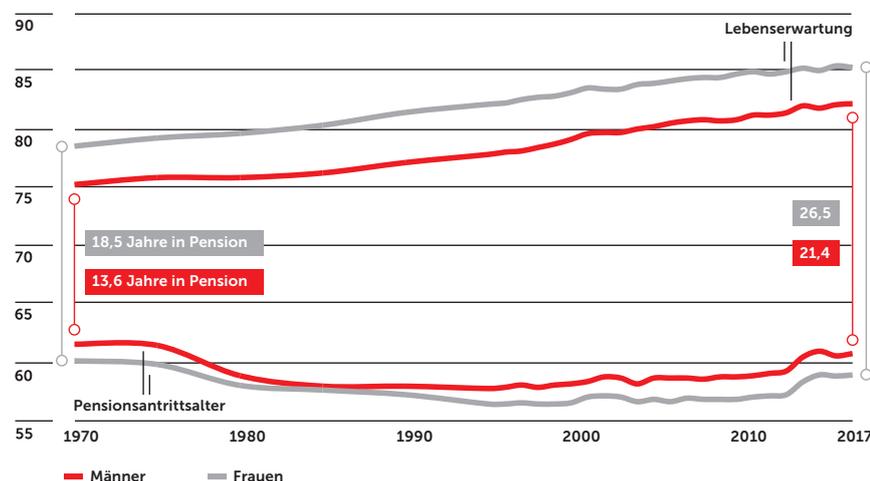
sondern aus gesundheitlichen Gründen aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden. Sie werden nicht mehr in die Pensionsstatistik einberechnet, sondern zu den Krankenständen gezählt.

Ein höherer faktischer Pensionsantritt reicht auch deshalb nicht, weil durch das längere Arbeitsleben höhere Pensionsansprüche erworben werden. Das entlastet zwar heute, sorgt aber für wachsende Ausgaben in der Zukunft. Wir müssten also für dieselbe Pension länger arbeiten, nicht für eine höhere. Deshalb muss das gesetzliche Antrittsalter steigen, um auf diese Art und Weise dem erfreulichen Umstand der höheren Lebenserwartung Rechnung zu tragen.

*Die gute Nachricht:
Die Menschen leben
immer länger.
Die schlechte: Sie verbringen kaum mehr
Zeit im Erwerbsleben.*

Abbildung 6: Der Anteil der Lebenszeit, die im Ruhestand verbracht wird, steigt seit Jahrzehnten erfreulicherweise deutlich an. So konnten Männer und Frauen 1970 ihren Ruhestand 13,6 bzw. 18,5 Jahre genießen. Im Jahr 2017 waren es dagegen bereits 21,4 bzw. 26,5 Jahre und damit in etwa ein Vierteljahrhundert.

Entwicklung des Pensionsantrittsalters und der Lebenserwartung von Männern und Frauen in Österreich – in Jahren



Quelle: Eigene Berechnungen, Statistik Austria (2019d).

Anmerkung: Die Lebenserwartung wurde anhand der geschlechtsspezifischen fernerer Lebenserwartung bei Pensionsantritt berechnet. Datengrundlage hierfür bilden die Sterbetafeln der Statistik Austria.

mit den höchsten Pensionszahlungen im Verhältnis zur Wirtschaftskraft. Lediglich Griechenland, Frankreich und Italien geben mehr für ihre Pensionisten aus.¹⁰

Die Finanzierung gelingt aber nicht ausschließlich über die Pensionsversicherung. Schon heute müssen über das Budget jährlich hohe Summen zum Pensionssystem zugeschossen werden, weil die Einzahlungen der Aktiven für die Auszahlungen an die Pensionisten bei weitem nicht ausreichen. Insgesamt be-

Jedem Beschäftigten sein Pensionist?

Das umso mehr, als sich der demografische Wandel noch deutlich verschärfen wird. Auch wenn der Blick in die Statistik nicht so schlimm aussieht. So kommen heute auf einen Menschen im Alter von über 65 Jahren noch 3,3 im erwerbsfähigen Alter. Das klingt gut, bedeutet es doch, dass eine Pension potenziell von drei Erwerbstätigen gezahlt werden kann. Aber erwerbsfähig heißt nicht erwerbstätig. So kommen bereits heute 1,7 Erwerbstätige für einen Pensionisten auf. Im Jahr 2050 werden 1,29 Erwerbstätige einen Pensionisten erhalten müssen. Abgesehen davon ist in Österreich der Pensionsantritt vor dem 65. Lebensjahr die Normalität und nicht die Ausnahme.

Wenn der Steuerzahler einspringen muss

Das alles hat auch schwerwiegende Folgen für den Staatshaushalt. Im Jahr 2017 gab der Staat mehr als 52 Milliarden Euro für Pensionen aus.⁸ Gemessen an der Wirtschaftskraft entspricht dies einem Anteil von 14,1 Prozent.⁹ Auch wenn dieser Prozentsatz hierzulande in den letzten Jahren rückläufig war, ist er über die Zeit doch angestiegen. Im europäischen Vergleich gehört Österreich zu den Ländern

trägt der Zuschuss aus dem Bundesbudget für altersbedingte Ausgaben inklusive Pflege jährlich mehr als 20 Milliarden Euro. Das entspricht einem Viertel des jährlichen Bundeshaushalts. Diese Ausgaben werden in Zukunft noch weiter ansteigen, was auch zulasten von Zukunftsinvestitionen wie z. B. in Kindergärten, Schulen, Forschung oder Infrastruktur gehen wird.

⁸ Vgl. Statistik Austria (2018b).

⁹ Vgl. Statistik Austria (2018c).

¹⁰ Vgl. EU-Kommission (2018b).

Die EU-Kommission stuft das Risiko für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen aufgrund der Pensionen auf „mittel“ ein.

Österreich, das gefährdete Pensionsparadies?

Nichtsdestotrotz bezeichnete die ARD unlängst Österreich als „Paradies für Rentner“. Das stimmt auch bis zu einem gewissen Grad: Im Vergleich zu ihren deutschen Kollegen erhalten die Österreicher tatsächlich eine höhere Pension, und das auch noch relativ lange. So gibt Österreich gemessen an Deutschland um 3,7 Prozentpunkte der Wirtschaftsleistung mehr für Pensionen aus.¹¹ Zieht man die aktuelle Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) zur Berechnung heran, bedeutet dies einen Unterschied von über 14,8 Milliarden Euro.

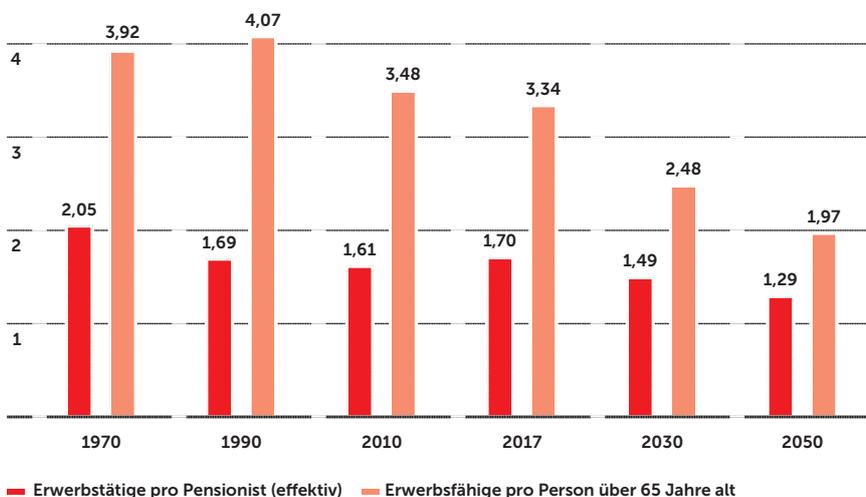
Entsprechend empfiehlt die Europäische Kommission regelmäßig, das gesetzliche Pensionsantrittsalter in Österreich anzuheben, um die Finanzierbarkeit zu gewährleisten.¹² Sie stuft das Risiko für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen aufgrund der Pensionen auf „mittel“ ein. Was die EU-Kommission als „mittleres Risiko“ einschätzt, hat der ehemalige Finanzminister Hannes Androsch lakonisch einmal so ausgedrückt: „Bei uns sagt man, die Pensionen sind sicher. Das stimmt schon, wenn’s das Budget zahlt. Nur ist dann das Budget nicht sicher.“¹³

Die Pflege als weitere Herausforderung

Während die Politik bei den Pensionen keine Anpassungen vorzunehmen bereit ist, droht an anderer Stelle eine Kostenexplosion der Sonderklasse. Bund und Länder geben zusammen bereits heute über fünf Milliarden Euro für die Pflege aus. Prognosen, u. a. der Europäischen Kommission, zeigen, dass sich diese Ausgaben bis 2050 in Österreich als Anteil an der Wirtschaftsleistung verdoppeln und – gemessen an der heutigen Kaufkraft – sogar verdreifachen werden.¹⁴

Abbildung 7: Während sich die demografische Herausforderung vor allem in Zukunft verschärft, ist die Lage im System schon heute angespannt. Denn erwerbsfähig heißt nicht erwerbstätig. Während auf einen über 65-Jährigen 3,3 Menschen im Alter von 20 bis 64 kommen, zahlen nur 1,7 Pensionsversicherte pro Pensionisten ein.

Wie viele Erwerbstätige für einen Pensionisten aufkommen



Quelle: Eigene Berechnung, Statistik Austria (2018a), Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (2019), EU-Kommission (2018b). Anmerkung: Erwerbsfähig bezeichnet die Bevölkerung zwischen 20 und 65 Jahren.

¹¹ Vgl. EU-Kommission (2018b).

¹² Vgl. EU-Kommission (2019b).

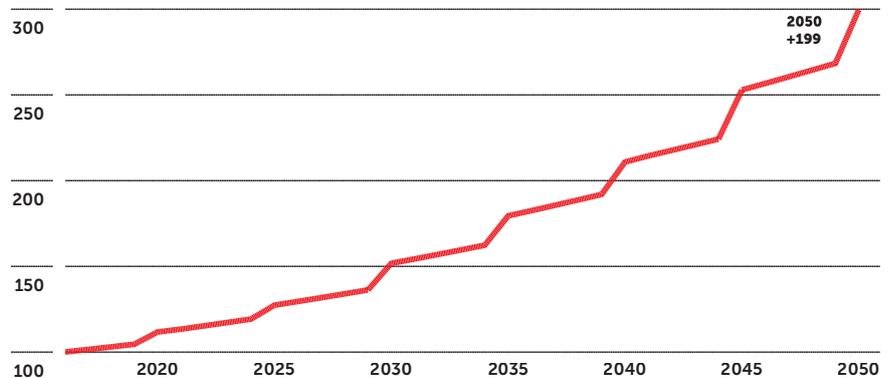
¹³ Vgl. Wiener Zeitung (2017).

¹⁴ Vgl. EU-Kommission (2018b).

Abbildung 8: Die Kostenlawine in der Pflege ist absehbar. Laut den aktuellen Prognosen der EU-Kommission werden sich die Ausgaben der öffentlichen Hand für die Pflege bis 2050 real verdreifachen.

Pflegekosten für die öffentliche Hand wachsen rasant

– reale Kostensteigerung für die öffentliche Hand ab 2016, in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen, EU-Kommission (2018b).

Handlungsempfehlungen

Das gesetzliche Pensionsantrittsalter anheben:

Die zukünftige Regierung sollte der Demografie Rechnung tragen. Das gesetzliche Pensionsantrittsalter sollte ab sofort jedes Jahr um zwei Monate angehoben werden, bis 67 Jahre erreicht sind. Dies ist notwendig, um die Belastung durch die Babyboomer-Generation abzufangen. Anschließend wäre das gesetzliche Pensionsantrittsalter automatisch an die zunehmende Lebenserwartung anzupassen. Idealerweise sollte dies dynamisch und ohne weiteren Eingriff der Politik erfolgen. Das System wäre so auszugestalten, dass die in der Pension verbrachte Zeit weiter steigt, aber das Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Pension gleichbleibt. Das hieße: Länger leben, länger arbeiten und länger in Pension sein.

Mehr Flexibilität zulassen: Wie in Schweden sollten Pensionisten selbst entscheiden, wann sie ihre Pension antreten. Wenn sie früher in Pension gehen, müssen sie allerdings auch mit entsprechenden Abschlägen rechnen, sodass es fair ist und das Pensionssystem dadurch nicht weiter belastet wird. Wird später in Pension gegangen, werden entsprechende Zuschläge erworben.

Das System automatisiert stabilisieren: Um die finanzielle Unabhängigkeit des Pensionssystems zu gewährleisten, bedarf es automatischer Regelungen, die alle Generationen an den zusätzlichen Kosten beteiligen. Schweden mit seinem traditionell großzügig ausgebauten Sozialstaat macht dies vor. Tritt eine finanzielle Schieflage ein, reguliert sich das System selbst.

Antrittsalter der Frauen schneller anheben: Das Frauenpensionsalter sollte rascher von derzeit 60 auf 65 Jahre angehoben werden. Momentan geschieht dies nach einem Beschluss im Jahr 1992 erst ab dem Jahr 2024. Auch dann beginnt erst eine sukzessive Erhöhung bis zum Jahr 2033. Das heißt: Österreich ist ab dem Jahr 2020 gemeinsam mit Polen Schlusslicht beim Antrittsalter der Frauen.

Pflege nachhaltig finanzieren: Die Kostenexplosion bei der Pflege ist absehbar, eine Lösung weit und breit nicht in Sicht. Stattdessen wird, etwa über die Abschaffung des Pflegeregresses, die Finanzierung noch mehr in Schieflage gebracht. Ein Beitrag zu einer Entlastung der öffentlichen Hand könnte ein individuelles Pflegekonto sein, in das die Menschen in ihrer Zeit der Berufstätigkeit und Pension einzahlen müssen, um für den Pflegefall vorzusorgen. Wird dann innerhalb der Familie gepflegt oder tritt kein Pflegefall ein, ist das Konto vererbbar. Werden öffentliche Dienstleistungen in Anspruch genommen, wird das Konto zur Finanzierung herangezogen.

Fiskalregeln: Dem Sirenen- gesang der Verschuldung widerstehen

Schuldenmachen ist in Österreich der Normalfall, egal ob die Konjunktur gut, mäßig oder schlecht läuft. Vernünftige und strengere Fiskalregeln helfen dabei, den Hebel umzulegen: Sparen, wenn die Wirtschaft läuft, Schulden machen in der Rezession.

Auf den ersten Blick genießen Österreichs Staatsfinanzen einen ziemlich untadeligen Ruf. Die Republik finanziert sich spottbillig an den Kapitalmärkten. Das geht zwar auch auf die ultralockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zurück, doch auch im europäischen Vergleich sind die Zinsen nur in Deutschland, den Niederlanden, Schweden, Dänemark, Litauen und Luxemburg niedriger. Auch bei den Ratingagenturen hat Österreich zwar nicht den besten, aber immer noch einen sehr guten Ruf.

Normalfall Schuldenmachen

Die Staatsschuldenquote lag auch 2018 noch bei 73,8 Prozent der Wirtschaftsleistung. Will die nächste Regierung weiter von den Schulden herunterkommen, sollte sie sich noch stärker als bisher darum

*Fiskalregeln
in Österreich
gehören
konkreter
formuliert.*

kümmern, dass die Budgetdisziplin hoch bleibt. Besser noch als Disziplin einzumahnen oder zu versprechen wäre es, die Fiskalregeln in Österreich konkreter zu formulieren und automatische Sanktionen einzuziehen.

Viele Regeln, wenige Konsequenzen

Fiskalregeln werden eingeführt, um die Haushaltspolitik nachvollziehbarer, planbarer, aber auch disziplinierter zu machen. In der EU gelten mittlerweile mehr als hundert verschiedene Fiskalregeln, die prominentesten sind die sogenannten Maastricht-Kriterien aus 1992.¹⁵ Sie sehen vor, dass die Neuverschuldung in der Eurozone nicht höher als drei, die gesamte Staatsverschuldung nicht höher als 60 Prozent des BIP betragen sollte oder sich diesem Wert in einem bestimmten Zeitintervall zumindest deutlich annähert. Doch die Maastricht-Kriterien zeigen auch ein wesentliches Problem mit Fiskalregeln auf: Wenn ihre Verletzung keine Konsequenzen hat, dann werden sie auch deutlich seltener eingehalten. Tatsächlich wurde etwa die Defizitregel der Maastricht-Kriterien seit 1999 exakt 168 Mal verletzt, dreimal von Österreich. Durch die politische Einflussnahme wurden die Regeln zudem großzügig ausgelegt, und trotz zahlreicher Verstöße wurden die vorgesehenen Sanktionen verhindert.

¹⁵ Vgl. EU-Kommission (2019c).

Ausgabenbremse statt Defizitregel

So sind auch in Österreich mittlerweile mehrere Fiskalregeln in Kraft, 2011 etwa verständigte man sich darauf, dass man strukturell ein Nulldefizit erreichen möchte. Doch der Gesamtstaat aus Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung hat erst im Jahr 2018 den ersten gesamtstaatlichen Überschuss seit 1974 erzielt. Der Bund schreibt sogar seit 1954 Defizite. Luxemburg, Schweden, Dänemark, die Niederlande oder Deutschland zahlen nicht ohne Grund niedrigere Zinsen an den Kapitalmärkten, sie haben in den vergangenen 25 Jahren zumindest siebenmal einen Überschuss geschafft.

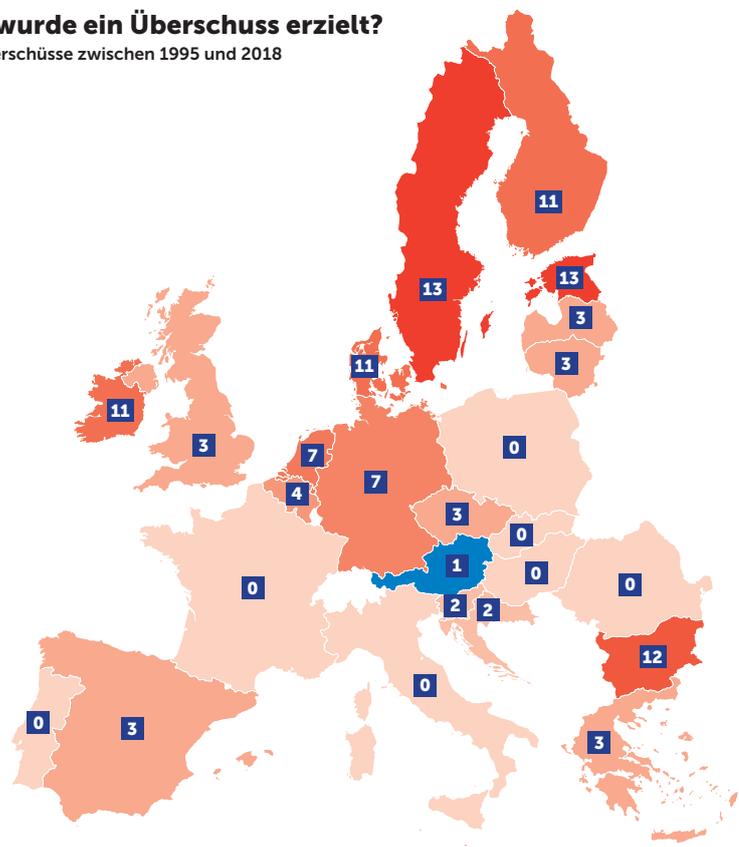
Wie könnte eine Fiskalregel bei der Budgetdisziplin helfen? Zuallererst müsste sich dafür der Fokus verschieben. Wer langfristig die Schulden der Republik abbauen möchte, muss bei den Staatsausgaben beginnen. Denn schon US-Ökonom Milton Friedman wusste, dass die Ausgaben von heute die Schulden von morgen sind. Auch der Internationale Währungsfonds beschreibt die Vorteile, sich auf eine Ausgabenbremse zu konzentrieren: Sie ist einfacher zu kommunizieren als eine komplizierte Fiskalregel, bindet eine Regierung effektiver, lässt zugleich aber den Spielraum, in Krisenzeiten gegenzusteuern.¹⁶ Und die Ausgaben sind im Gegensatz zu einem Budgetdefizit viel besser planbar. Außerdem lässt sich mit einer Ausgabenbremse, solange sie gut ausgestaltet ist, auch die Schuldenlast senken.

Wer langfristig die Schulden der Republik abbauen möchte, muss bei den Staatsausgaben beginnen.

Abbildung 9: Ein Budgetüberschuss für den Staat ist in Österreich die absolute Seltenheit. Während Schweden, Finnland oder Dänemark regelmäßig mehr Geld einheben, als sie ausgeben, war der positive Budgetsaldo in Österreich 2018 eine Ausnahme.

Wie oft wurde ein Überschuss erzielt?

– Budgetüberschüsse zwischen 1995 und 2018



¹⁶ Vgl. Eyraud et al. (2018).

Quelle: Eigene Berechnungen, EU-Kommission (2019a)

Handlungsempfehlungen

Eine strenge Ausgabenbremse einführen: Österreich hat ein Ausgaben- und kein Einnahmenproblem. Damit künftig in guten Jahren regelmäßig Überschüsse anfallen, braucht es eine glaubwürdige und strenge Ausgabenbremse. Vorbild könnte hier Schweden sein: Dort gibt es seit 2010 für den Bund und das Pensionssystem ein Überschussziel von einem Prozent des BIP. Weil diese Vorgabe für den Zeitraum eines ganzen Konjunkturzyklus gilt, ist das Land in Krisenzeiten dennoch handlungsfähig. Begleitet wird die Regel von einer Ausgabenbeschränkung. Hierbei wird im Parlament das Budget für mindestens drei Jahre unter der Prämisse des Überschussziels beschlossen.

Budgetdisziplin verankern: Für Österreich sollte daher Folgendes umgesetzt werden: Ein Haushaltsplan teilt für die kommenden fünf Jahre den Ressorts die öffentlichen Gelder je nach Bedarf zu. Dieser Haushaltsplan definiert die maximal zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel für diesen Zeitraum. Solange die Verschuldung bei über 60 Prozent des BIP liegt, sollte das Wachstum der gesamten Ausgaben dabei die allgemeine Teuerung nicht übersteigen. Die Einhaltung ist gerade dank der aktuell niedrigen Zinsen im Rahmen des Möglichen, Strukturereformen werden die Einhaltung der Regel auch in einem normalen Zinsumfeld gewährleisten.

Druck auf EU-Ebene machen: Auf europäischer Ebene ist das geltende Regelwerk mittlerweile undurchschaubar komplex und sollte reformiert werden.¹⁷ Das dichte Geflecht an unterschiedlichsten Regeln, die oft nicht wirklich aufeinander abgestimmt sind, muss einem klaren, auf eine Ausgabenregel fokussierten Regime weichen.¹⁸ Die kommende Bundesregierung sollte sich aktiver in die aktuelle Debatte einbringen. Der Vorschlag des deutschen Sachverständigenrats sollte auch von Österreich unterstützt werden: Die Ausgaben sollten nominell nicht schneller wachsen als das langfristige Bruttoinlandsprodukt. In Ländern mit einem übermäßig hohen Niveau der öffentlichen Verschuldung wie Italien sollten sie langsamer wachsen.¹⁹

Damit künftig in guten Jahren regelmäßig Überschüsse anfallen, braucht es eine glaubwürdige und strenge Ausgabenbremse.

¹⁷ Vgl. Darvas et al. (2018).

¹⁸ Vgl. Wieser (2018).

¹⁹ Vgl. Sachverständigenrat (2018).

KAPITEL 2: WIRTSCHAFTSSTANDORT

READY TO GRAB



**NOCH NIE WAR ES SO
LEICHT MÖGLICH,
DIE ZUKUNFT IN DIE EIGENE
HAND ZU NEHMEN.**

Y

READY,

GO!



Den Investitionsturbo zünden

Das beste Konjunkturprogramm ist ein starker Standort. Im Steuersystem sollten die Hürden für Investitionen abgebaut werden.

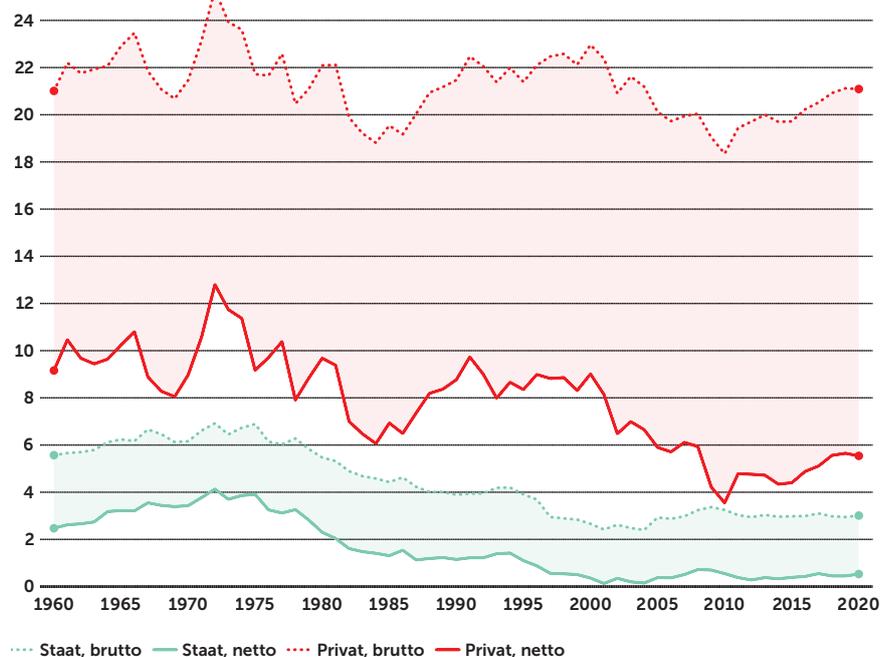
Sie sind so etwas wie ein standortpolitischer Ritter Schlag. Gerade in einer Zeit international vernetzter Finanz- und Warenmärkte sind große unternehmerische Investitionen ein Vertrauensbeweis in den Standort. Das jüngste Investment der Infineon Technologies Austria, die ein neues Werk und ein neues Forschungszentrum in Villach baut, ist ein solcher Beweis.

Doch Österreich braucht mehr davon, wie ein Blick auf die Zahlen zeigt. Die privaten Investitionen haben sich zwar nach der wirtschaftlichen Lähmungsphase der letzten Periode der Regierung Faymann wieder leicht erholt. Doch netto – also abzüglich der notwendigen Erneuerungen bestehender Anlagen – ist die Investitionslaune in Österreich in den letzten Jahrzehnten tendenziell gesunken. Noch stärker sind die Investitionen der öffentlichen Hand zurückgegangen, die heute dafür deutlich mehr Geld für Sozialleistungen oder Staatskonsum ausgibt.

Abbildung 10: Die privaten Investitionen in Österreich haben zuletzt wieder leicht angezogen, die Investitionen der öffentlichen Hand gingen zurück.

Die Investitionsquoten in Österreich

– in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Eigene Berechnungen, EU-Kommission (2019a).
Anmerkung: Nettoanlageinvestitionen sind vor allem Neuinvestitionen. Bruttoanlageinvestitionen inkludieren diese, umfassen allerdings auch Investitionen in die Instandhaltung und Abschreibungen bestehender Investitionen.

Doch auch an anderer Stelle sorgt der Staat eher für weniger als für mehr Investitionen. Das österreichische Steuersystem ist im internationalen Vergleich nämlich nicht sonderlich investitionsfreundlich.²⁰ Zwar liegt der aktuelle Satz der Körperschaftsteuer (KÖSt) mit 25 Prozent um drei Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt, doch der allein ist nicht aussagekräftig. Denn Länder erlauben unterschiedliche Möglichkeiten, die Steuerlast zu reduzieren. Zum Beispiel durch Investitionen und Forschungsausgaben. Daher ist nicht nur ein Vergleich der ausgewiesenen Steuersätze relevant, sondern auch, was am Ende tatsächlich gezahlt werden muss: der effektive Steuersatz. Ein Überblick der EU-Kommission zeigt, dass Österreich jedenfalls kein Niedrigsteuerland ist. Bei den tatsächlich gezahlten Steuersätzen lag Österreich im Jahr 2018 auf Rang acht. In der direkten Nachbarschaft haben nur Deutschland und Italien noch höhere Sätze. Sehr zur Freude des österreichischen Finanzministers, der sich über sprudelnde Einnahmen aus der Körperschaftsteuer freuen darf. Allein zwischen 2015 und 2018 stieg das Aufkommen daraus um 45 Prozent. Die Gewinnbesteuerung der Körperschaften trägt trotz gegenteiliger Meldungen heute so viel zum Aufkommen des Bundes bei wie seit 2001 nicht mehr.

Die türkis-blaue Regierung wollte daran einiges ändern. Doch wegen des Zerfalls der Regierungskoalition kam nur ein kleiner Teil der steuerlichen Entlastung für Unternehmen ins Parlament: eine Erhöhung der Sofortabschreibung für geringwertige Wirt-

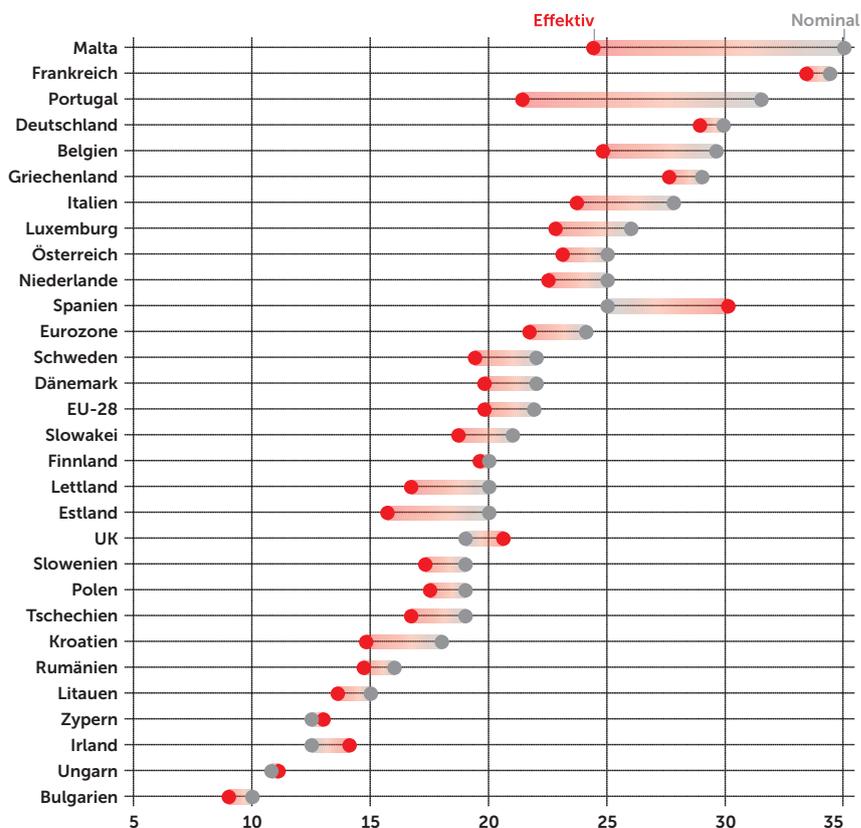
schaftsgüter von 400 Euro auf 800 Euro.²¹ Doch das ist für Mittelstands- und Großunternehmen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. In anderen Ländern können Investitionen in Gebäude, Patente oder Maschinen deutlich schneller abgeschrieben werden als in Österreich. Sie mindern den zu versteuernden Gewinn also bereits im Jahr der Anschaffung deutlich stärker als hierzulande.

In anderen Ländern können Investitionen in Gebäude, Patente oder Maschinen deutlich schneller abgeschrieben werden.

Abbildung 11: Österreich liegt sowohl beim ausgewiesenen Körperschaftsteuersatz als auch bei den tatsächlich gezahlten Raten im europäischen Spitzenfeld.

Effektive* Unternehmenssteuern

– in Prozent, 2018



Quelle: Eigene Berechnungen, EU-Kommission (2019d).

*Anmerkung: Die effektive Steuerlast ist das, was tatsächlich gezahlt wird.

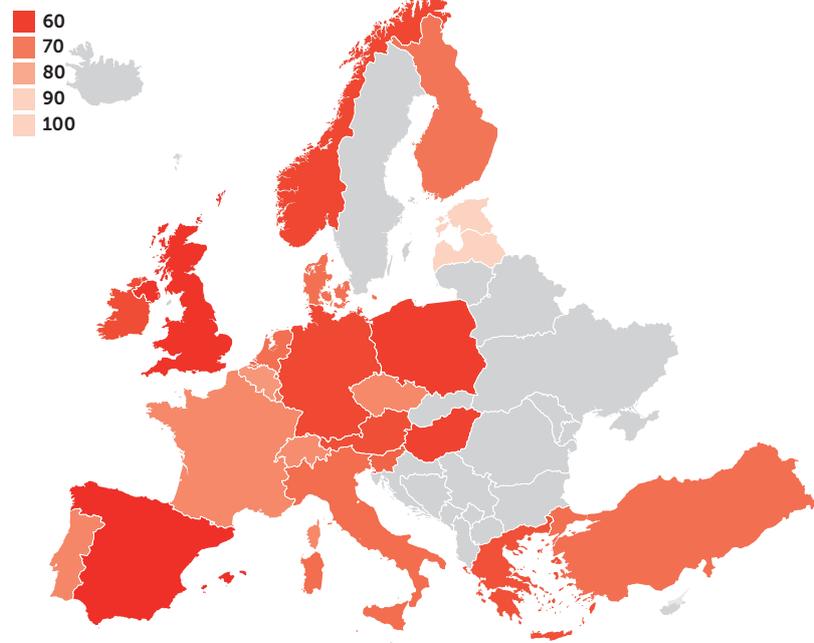
²⁰ Vgl. Asen & Bunn (2019).

²¹ Wer etwa in eine Maschine investiert, muss die Anschaffung über die Nutzungsdauer abschreiben. Die Ausgaben dafür mindern den Gewinn nur scheinbar über die Laufzeit verteilt.

Abbildung 12: In Österreich müssen Investitionen oft über Jahrzehnte abgeschrieben werden. Ein Blick über die Grenzen hinaus zeigt, dass es auch anders geht. So können in Dänemark beispielsweise Soft- und Hardwarekosten von Computern sofort abgeschrieben werden.

Wie viel von Investitionen abgeschrieben werden kann

– in Prozent*, 2018



Quelle: Eigene Berechnungen, Asen & Bunn (2019).

*Anmerkung: Gewichteter Durchschnitt aus Maschinen, Gebäuden und geistigem Eigentum.

Gerade für digitale Geschäftsmodelle bleibt Österreich steuerlich gesehen ein steiniges Pflaster. Die Beratungsgesellschaft PwC erstellt einmal im Jahr zusammen mit dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung einen steuerlichen Digitalisierungsindex, der die tatsächlichen Steuersätze für digitale Geschäftsmodelle ausweist.²² Von den 33 untersuchten Ländern belegt Österreich darin nur Rang 25, Deutschland ist das Schlusslicht. Besonders Forschungs- oder Softwarekosten werden in anderen Ländern steuerlich deutlich bessergestellt. In Österreich kommen die untersuchten digitalen Geschäftsmodelle, die sich etwa durch die höhere Forschungsaktivität auszeichnen, auf einen tatsächlich gezahlten Steuersatz von 14,8 Prozent. Der Durchschnitt der 33 untersuchten Länder liegt bei 8,9 Prozent.²³ Während beispielsweise in Dänemark Soft- und Hardwarekosten von Computern im Jahr der Anschaffung sofort abgezogen werden können, gibt es in Österreich eine Abschreibung über die Nutzungsdauer hinweg.

Gerade für digitale Geschäftsmodelle bleibt Österreich steuerlich gesehen ein steiniges Pflaster.

²² Vgl. Spengel et al. (2018).

²³ Die Studie umfasst neben den Mitgliedsländern der Europäischen Union außerdem Norwegen, Kanada, die Schweiz, Japan sowie die USA.

Handlungsempfehlungen

Investitionen besserstellen: Österreich liegt mit seiner Körperschaftsteuer im EU-Mittelfeld. Will man den Standort stärken und mehr Investitionen auslösen, ist bei Abschreibungsregeln ein größerer Spielraum einzuräumen. Österreich sollte Unternehmen einen schnelleren Abschreibungsplan als Alternative ermöglichen. Ein Beispiel zeigt den möglichen Vorteil: Wer eine Investition über zehn Millionen Euro tätigt, muss derzeit beispielsweise über sieben Jahre gleichmäßig abschreiben. Das vermindert den zu versteuernden Gewinn um 1,4 Millionen Euro jährlich. Höhere Abschreibungssätze zu Beginn der Investition (degressive Abschreibung) hingegen ermöglichen in den ersten Jahren der Anschaffung eine höhere Abschreibung, die in weiterer Folge absinkt. Investitionen wären in den ersten Jahren steuerlich deutlich bessergestellt. Eine größere Investitionsbereitschaft würde zu einer moderneren Ausstattung österreichischer Unternehmen, zu höherer Produktivität und zu mehr Wohlstand führen.

Attraktivität mit Reformen absichern: Entscheidungen zu Investitionen, beispielsweise in eine Chipfabrik, brauchen nicht nur eine klare Sicht auf die nächsten Jahre. Einmal getätigt, müssen sich die Ausgaben über Jahrzehnte hinweg rentieren. Große staatliche Verbindlichkeiten in der Zukunft wirken investitionsdämpfend. Weil etwa steigende Kosten im staatlichen Pensionssystem dafür sorgen, dass Unternehmen mit höheren Steuer- und Abgabenquoten rechnen. Glaubwürdige Strukturreformen wirken investitionsfördernd, weil sie den Staatshaushalt langfristig auf solide Beine stellen. Deshalb wäre eine Ausgabenregel nach schwedischem Vorbild so wichtig. Sie beschränkt die Politik insbesondere in wirtschaftlich guten Jahren und sorgt dafür, dass zumindest in der Hochkonjunktur Überschüsse anfallen, die in der Krise angehäuften Defizite ausgleichen.

Digitale Anreize statt Digitalsteuer: Österreich ist aus mehreren Gründen kein attraktiver Standort für digitale Geschäftsmodelle. Nicht nur, weil es relativ wenig Risikokapital gibt, das Innovationen finanziert. Sondern vor allem auch steuerpolitisch, weil Software, Entwicklung und Forschung in anderen Ländern noch deutlich bessergestellt werden. Eine Überarbeitung der aktuellen Abschreibungsregeln für Software und Entwicklung ist dringend notwendig, um den schnelleren Entwicklungszyklen und den gestiegenen Kosten Rechnung zu tragen.

Investitionen statt Konsum: Der Staat hat entgegen der gängigen Meinung die Krise nicht genutzt, um mehr zu investieren. Die Bruttoanlageinvestitionen²⁴ des Staates sind seit 2008 stabil geblieben bzw. sogar leicht gesunken, während Staatskonsum und Sozialausgaben gestiegen sind. Es braucht Strukturreformen, um den öffentlichen Investitionsbedarf, wie zum Beispiel beim Ausbau moderner Breitbandverbindungen, zu decken.

²⁴ Bruttoanlageinvestitionen umfassen sämtliche Ausgaben für Ausrüstung, Gebäude oder immaterielle Anlagen wie Patente und Lizenzen. Sie beinhalten auch solche Ausgaben, die zur Erneuerung bestehender Anlagen getätigt werden.

Gazellen und Einhörner braucht das Land!

Die Digitalisierung schafft beste Voraussetzungen für einen neuen Gründerboom. Dazu müssen aber noch einige Hürden aus dem Weg geräumt werden.

Kinder sind die Zukunft, lautet ein Satz, den jeder Politiker auswendig gelernt hat. Doch was für die Bevölkerungsdemografie gilt, gilt abgewandelt auch in der „Unternehmensdemografie“. Die Geburtenrate neuer Unternehmen ist eine zentrale Kennzahl, um die Dynamik und die Zukunftsperspektive eines Wirtschaftsstandorts einschätzen zu können. Im Jahr 2012 schuf in Österreich beispielsweise jedes neue Unternehmen ab dem ersten Jahr durchschnittlich 2,4 neue Arbeitsplätze.²⁵

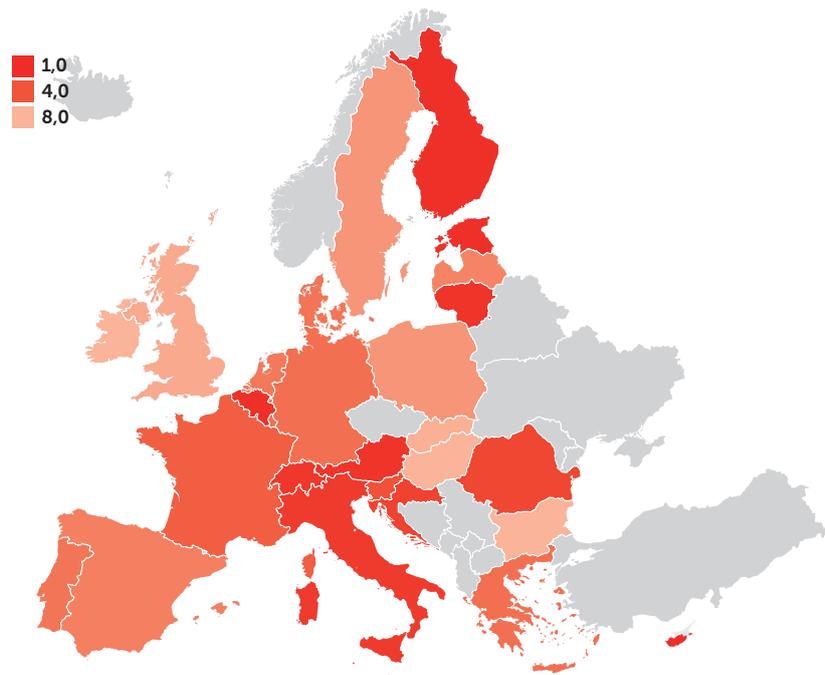
Österreich braucht mehr Dynamik

Doch die Rate der neu gegründeten Unternehmen ist hierzulande eher niedrig. Im EU-Vergleich zählt Österreich zu den drei gründungsschwächsten Ländern, nur in Belgien und Griechenland wird noch seltener der Schritt ins Unternehmertum gewagt.²⁶ Auf 100 bestehende Unternehmen kamen im Jahr 2016 in Österreich nur rund sieben neue, in der EU waren es immerhin zehn, im Vereinigten Königreich 15. Was allerdings noch bedenklicher für den Wirtschafts-

Abbildung 13: In Österreich sind nur wenige Menschen in wachstumsstarken Unternehmen beschäftigt.

Beschäftigung in innovativen Sektoren

– in Prozent der gesamten Beschäftigung



²⁵ Vgl. Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (2015).

²⁶ Vgl. Eurostat (2019a).

Quelle: EU-Kommission (2019e), Daten für 2016.

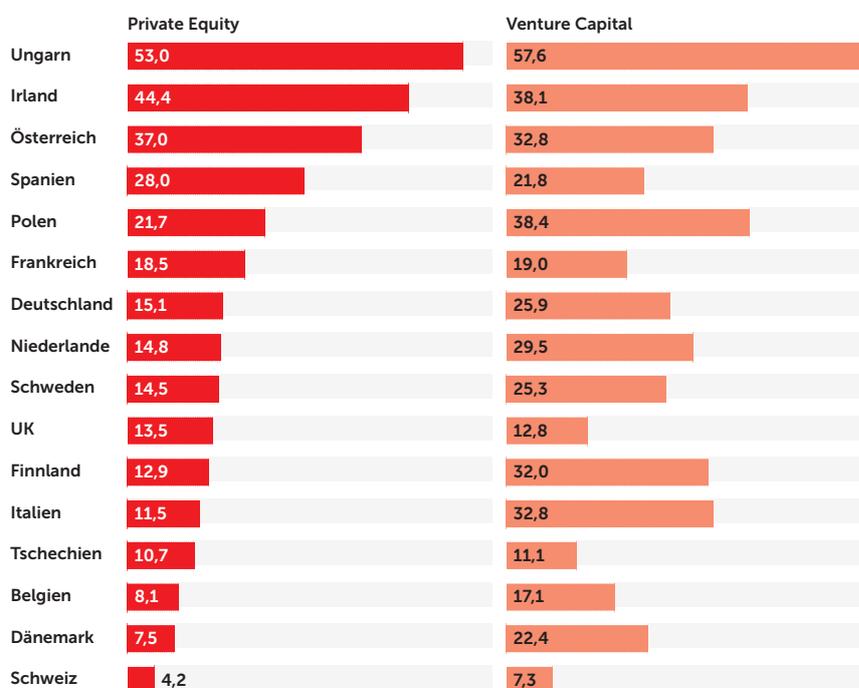
Abbildung 14: Private Equity und Venture Capital sind Formen der Risikokapitalfinanzierung. Typischerweise gehen private Investoren hier viel Risiko mit der Möglichkeit auf hohe Renditen ein. In Österreich sind aber selbst die „Heuschrecken“ staatlich.

standort ist: Auch bei den „Gazellen“, den wirklich schnell wachsenden Unternehmen, die auch für die meisten neuen Jobs sorgen, wird Österreich von dynamischeren Volkswirtschaften weit abgehängt.²⁷ Es wird also selten und vor allem zu wenig auf Wachstum ausgerichtet gegründet.

Warum das so ist, darauf gibt die jährlich erscheinende Studie zum „Ease of Doing Business“ der Weltbank ein paar zweckdienliche Hinweise. Dafür sammelt die US-Institution weltweit Daten darüber, wie schnell und wie unbürokratisch gegründet wird und wie hoch die regulatorischen Hürden für Unternehmen oder die Steuern und Abgaben sind. Österreich schneidet in diesem Ranking zum wiederholten Male schlecht ab, wenn es um die Neugründungen geht (Platz 118 von 190).²⁸

Der Anteil des staatlichen Risikokapitals

– in Prozent



Quelle: Invest Europe (2019). Durchschnittliche prozentuale Anteile am gesamten Funding über die Jahre 2010–2018. Anmerkung: „Private“ in Private Equity bezieht sich darauf, dass es sich um Kapital handelt, das nicht öffentlich an der Börse gehandelt wird. Venture Capital, also Wagniskapital, bezeichnet besonders risikoreiche Investitionen.

Neue Firmen, neue Finanzen?

Ein enger Flaschenhals für junge Unternehmen stellt in Österreich die Finanzierung dar. Zwar haben die Politiker aller Parteien längst die „Start-up-Szene“ für sich entdeckt und überbieten sich regelmäßig mit neuen Diskussionsbeiträgen zu deren Förderung. Und so schwimmen gerade in den ersten Jahren nach der Gründung einige junge Unternehmen im öffentlichen Geld. Doch woran es wirklich scheitert, ist die Anschlussfinanzierung. Dafür fehlt es an zentralen Spielern: Fonds für Wagniskapital (Venture Capital) sowie Private Equity. Private Equity und Venture Capital Fonds sind Finanzinvestoren, die sich an Unternehmen beteiligen, sie bei ihrem Wachstum oder in einer Umstrukturierung finanzieren und danach weiterverkaufen. Während beide Spieler eine möglichst hohe Rendite für ihre Anleger anstreben, unterscheiden sie sich bei der Auswahl

Nach den ersten Jahren der Förderung scheitern Start-ups oft an der Anschlussfinanzierung.

²⁷ Vgl. Janger & Kügler (2018).

²⁸ Vgl. Weltbank (2019a).

der zu finanzierenden Start-ups. Wagniskapitalfonds investieren besonders in junge, schnell wachsende Unternehmen in der Gründungsphase, Private Equity setzt hingegen in einer Wachstums- oder Restrukturierungsphase auch auf bereits etablierte Unternehmen, die schon einen stabilen Geldfluss ausweisen. Beide Akteure sind etwa in den USA ein wichtiger Teil des wirtschaftlichen Ökosystems, um aus Start-ups oder kleinen Unternehmen aufstrebende „Einhörner“ zu machen.²⁹ Diese Fonds sammeln typischerweise nicht etwa staatliches Geld ein, sondern investieren private Mittel von Sparern oder Stiftungen. In Österreich ist das anders: Hier sind sogar die „Heuschrecken“ staatlich.³⁰

Stagnation statt Wachstumsfinanzierung

Der Staat als Risikokapitalgeber bringt aber mehrere Probleme mit sich, die insbesondere in der Wachstumsphase der Unternehmen (Scale-up) deutlich werden: Zum einen besteht die Gefahr, dass nach dem Gießkannenprinzip möglichst viele unterschiedliche Betriebe gefördert werden. Wichtiger wäre aber, in der Startphase jene Unternehmen zu unterstützen, die auch die Aussicht auf ein starkes Wachstum mitbringen. Zum anderen haben gerade private, internationale Risikokapitalgeber Expertise, sie können Marktstrukturen und -potenziale besser einschätzen oder die eigenen Netzwerke im In- und Ausland nutzen.

In Österreich aber ist die Unternehmensfinanzierung oft noch sehr konservativ: Bankkredite sind weiter verbreitet als Beteiligungen, der Kapitalmarkt ist chronisch unterentwickelt. Dazu gibt es keine steuerlich wirklich attraktiven Vehikel und auch nur geringe Investitionen durch institutionelle Investoren wie Versicherungen oder Fonds.

Das gesamte Investitionsvolumen von Private Equity in Österreich kann momentan kaum mit europäischen Standards mithalten und liegt auf den hinteren

Rängen.³¹ So wurde 2016 beispielsweise in Finnland, den Niederlanden und der Schweiz etwa zehnmal so viel in Start-ups investiert wie hierzulande, in Schweden war es sogar mehr als das 20-Fache. Einzig bei den Business Angels – wohlhabenden Einzelpersonen – hat sich in Österreich um Personen wie Hansi Hansmann ein nennenswertes Netzwerk herausgebildet.

In Österreich ist die Unternehmensfinanzierung oft noch sehr konservativ: Bankkredite sind weiter verbreitet als Beteiligungen.

²⁹ Unternehmen mit einem Wert von mehr als einer Milliarde US-Dollar.

³⁰ Der deutsche SPD-Politiker Franz Müntefering diffamierte Private Equity Fonds wegen ihrer Investmentstrategien als „Heuschrecken“.

³¹ Vgl. Keuschnigg & Sardadvar (2019).

Handlungsempfehlungen

Kapital aktivieren: Wenn jungen Unternehmen das Wagniskapital fehlt, dann dämpft das auch das Wachstum. Daher gilt es, jene Hürden zu entfernen, die institutionelle und private Anleger von Unternehmensbeteiligungen abhalten. Ein wichtiger Mobilisierungsansatz: dem Risiko stärker Rechnung tragen. Das größere Risiko des Verlusts einer Investition soll besser mit möglichen höheren Gewinnen ausgeglichen werden. Für Geldgeber wie Business Angels wäre es wichtig, dass Verluste aus Beteiligungen nicht nur im Jahr des Verlusteintrittes abgesetzt werden können, sondern auf mehrere Jahre verteilt. Daher sollte im Bereich der Risikokapitalfinanzierung eine mehrjährige Durchrechnungsperiode geschaffen werden, in der die Verluste aus Investitionen mit den Gewinnen steuerlich gegengerechnet werden können. Im Gegenzug könnte die öffentliche Hand als Investor in den Hintergrund treten. Gegenwärtig erschweren es die öffentlichen Gelder privaten Investoren gerade in frühen Phasen, in vielversprechende Start-ups zu investieren, da sie mit den Konditionen öffentlicher Anbieter oft nicht konkurrieren können.

Pensionsfonds nützen: Die Finanzierung junger innovativer Unternehmen zählt zu den riskantesten Investitionen der Wirtschaft. Man braucht für sie einen langen Atem, kann aber damit auch hohe Renditen verdienen, wie sich etwa in den USA oder im Vereinigten Königreich zeigt. Da Banken von den Regulatoren zu deutlich konservativeren Strategien gedrängt werden, müssen andere Investoren und Partner Eigen- oder Risikokapital bereitstellen können. In diesem Zusammenhang sollte eine Liberalisierung der Anlagevorschriften für Pensionsfonds angedacht werden. Und zugleich auch eine Stärkung der betrieblichen und privaten Vorsorge, um langfristig mehr Mittel zu mobilisieren. So investiert der

größte dänische Pensionsfonds ganz erheblich auch in Private Equity. Das Portfolio hat aktuell einen Wert von vier Milliarden Euro und brachte 2018 einen Ertrag von 403 Millionen Euro.³²

Gründen wie im 21. Jahrhundert: Firmengründungen sollten in digitaler Form ermöglicht werden. Die Einrichtung eines echten One-Stop-Shops, also einer einzigen (digitalen) Anlaufstelle für jegliche Interaktionen zwischen Unternehmen und Staat, und einer „papierlosen“ Gründung im Zuge des E-Governments nach estnischem Vorbild können den Weg in die Selbständigkeit erleichtern.³³

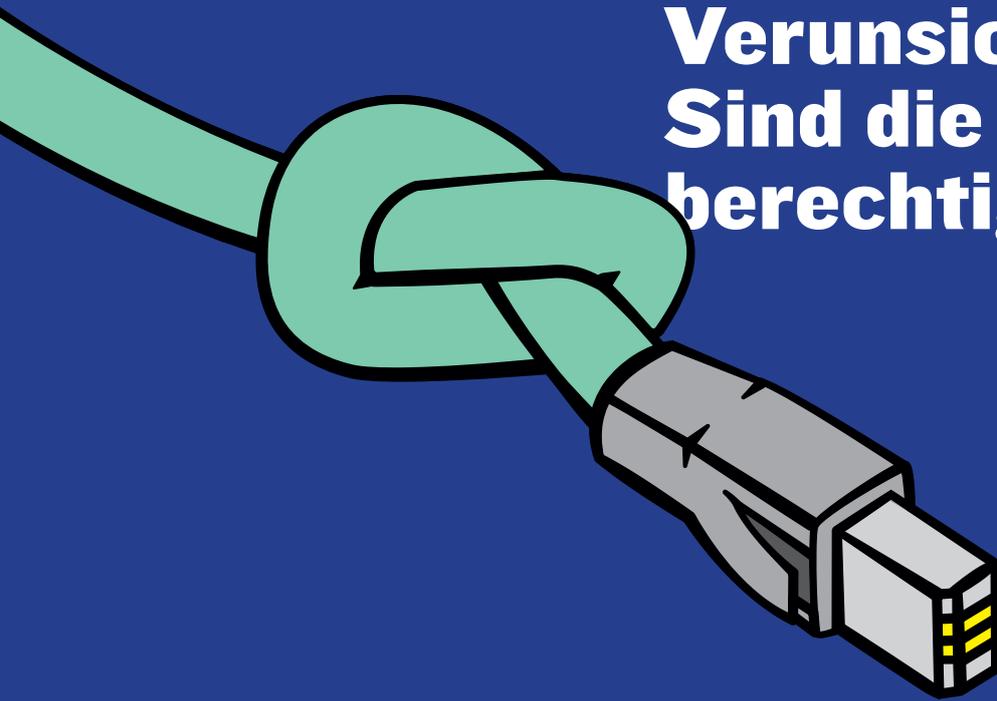
Unternehmer bilden: Eine stärkere Verankerung unternehmerischer und betriebswirtschaftlicher Erziehung sowohl in Schulen wie auch an den Universitäten kann die Einstellung und Befähigung zum Unternehmertum und zum Gründen positiv beeinflussen. Damit ließen sich das soziale Stigma des Scheiterns, die Zustimmung zu einer „zweiten Chance“ und die Motivation, selbst Risiko zu übernehmen, langfristig ändern. Zusätzlich könnte dadurch der Mangel an kaufmännischen Kenntnissen behoben werden.³⁴

³² Vgl. The ATP Group (2018).

³³ Vgl. Agenda Austria (2018b).

³⁴ Vgl. Keuschnigg et al. (2013).

**Zeiten großen
technologischen
Wandels sind
Zeiten großer
Verunsicherung.
Sind die Sorgen
berechtigt?**



Digitalisierung: Chancen nutzen statt Ängste schüren

Die Digitalisierung ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Denn: Sie spielt nicht nur in der Zukunft, sie ist bereits unübersehbar in der gesellschaftlichen Gegenwart angekommen.

Nichts ist so alt wie die Furcht vor Neuem. Schon immer haben Fortschritt und damit auch Veränderung für Ängste bei den Menschen gesorgt. Ob nun Kaiser Vespasian, der vor modernen Transportmethoden abriet, um sich die Fuhrunternehmer nicht zum Feind zu machen, oder die „Ludditen“, die unter ihrem Anführer Ned Ludd zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Kampf gegen den Fortschritt in Nottingham zahlreiche Maschinen zerstörten – Fortschritt bedeutete gleichzeitig immer auch Widerstand. John Maynard Keynes wiederum meinte vor rund 80 Jahren, dass es für die Menschen im Zuge des technologischen Fortschritts kaum noch Arbeit geben und deshalb die 15-Stunden-Woche zur Realität werden würde.³⁵

Kreation und Zerstörung

Gewisse Dinge ändern sich nicht: Und so werden die Automatisierungschancen, die sich durch neue Technologien ergeben, immer auch als Arbeitsplatzgefahr eingestuft, ob nun von Massenmedien oder auch von Forschern. Dabei zeigen neuere Studien, dass das Potenzial, menschliche Arbeit durch Computer zu ersetzen, mit rund zehn Prozent deutlicher geringer ist. Interessanterweise verschwinden Arbeitsplätze aber nicht dort, wo verstärkt Roboter zum Einsatz kommen, sondern genau dort, wo sie nicht genutzt werden.³⁶ Unternehmen, die auf neue technische

Möglichkeiten zurückgreifen, wurden in den vergangenen Jahren produktiver und kosteneffizienter. Dies erlaubte es ihnen sogar, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, während in jenen Unternehmen, die nicht automatisierten, viele Stellen wegfielen.³⁷

Dabei ist unumstritten, dass die Digitalisierung – also die Verbreitung von Daten und deren Verarbeitung durch Algorithmen – radikale Veränderungen mit sich bringt. So werden einige Menschen ihren Arbeitsplatz an den Computer verlieren. Aber aus dieser „Zerstörung“ entsteht auch Neues. So hat beispielsweise der Arbeitsalltag eines Tischlers vor 40 Jahren anders ausgesehen als heute. Und: Durch die neuen Möglichkeiten entstehen auch neue Berufe.

Wer sich mit den Daten beschäftigt, kommt zu dem Schluss, dass die Digitalisierung mehr als Chance denn als Bedrohung wahrgenommen werden kann. Eine Studie für Deutschland errechnete, dass in Summe mehr Jobs entstehen werden als verloren gehen.³⁸ Vergleicht man die Entwicklung des Computerzeitalters (1970–1995) mit dem Digitalisierungszeitalter zwischen 1995 und 2022, so zeigt sich eine sehr ähn-

³⁵ Vgl. Keynes (1963).

³⁶ Vgl. Arnold et al. (2016).

³⁷ Vgl. Koch et al. (2019).

³⁸ Vgl. Arntz et al. (2018).

liche Beschäftigungsentwicklung bis zum Jahr 2018. Schreibt man diesen Trend fort, bedeutet dies, dass in den kommenden vier Jahren mehr als 300.000 neue Arbeitsplätze in Österreich entstehen werden.

Ängste essen Potenziale auf

Die auf Ängste zentrierte politische Diskussion führt allzu oft in die falsche Richtung, wie das Beispiel der österreichischen Debatte über die Einführung einer „Maschinensteuer“ zeigt. Die Idee dahinter ist, die maschinelle Produktion durch eine höhere Besteuerung zu verteuern und damit jene Produktion, in der vorwiegend Menschen tätig sind, zu fördern. Was dabei gerne vergessen wird, ist, dass es eben jene Menschen sind, die sich dann weniger von den nun teureren Produkten leisten können. Zudem besteht die Gefahr, dass nicht mehr mit Menschenhand, sondern einfach woanders produziert wird. Dennoch überwiegen für Länder wie Österreich die Chancen: Denn Digitalisierung und Roboterisierung bieten etwa das Potenzial des „Reshoring“, also des Zurückholens von Produktionsstätten von Entwicklungs- in Hochlohnländer.³⁹

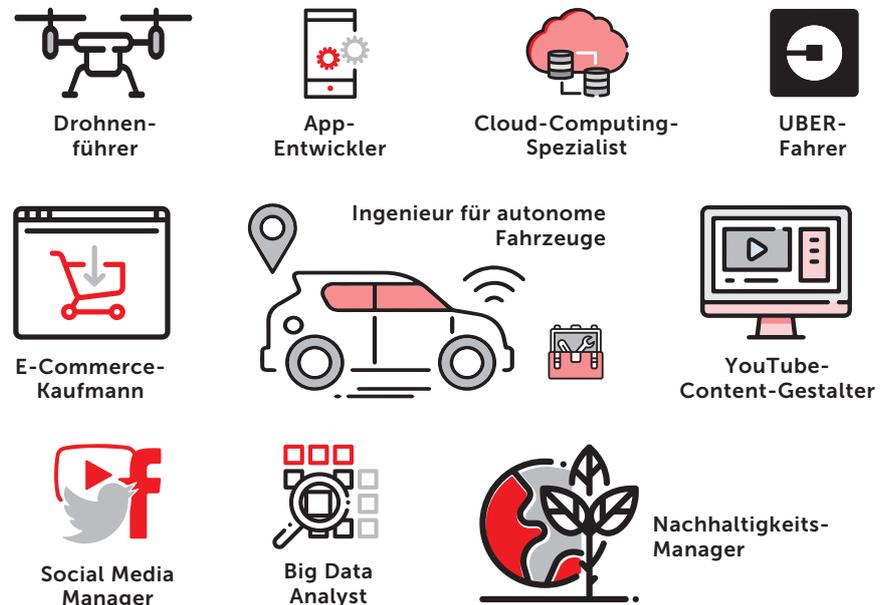
Die digitale Chance auf ein besseres Leben und Arbeiten

Besonders da, wo der Staat als Vorbild fungieren könnte, wird die Digitalisierung noch immer eher gemieden als genutzt. Etwa im Bildungssystem, wo es nur wenige Inhalte gibt, die aus den Schülern nicht nur Nutzer, sondern auch Schöpfer machen könnten. Ganz zu schweigen von den Universitäten, deren Studenten von digitalen Kursmaterialien profitieren würden. Oder in der öffentlichen Verwaltung, die sich mehr um das Wohlergehen der Bediensteten als um den Servicecharakter der Behörde kümmert.

³⁹ Vgl. Naudé et al. (2019) zu den Chancen und Herausforderungen für Industriestandorte in Zentraleuropa.

Abbildung 15: Die Arbeitswelt im Wandel – Social Media Manager, Cloud-Computing-Spezialist oder App-Entwickler sind Berufe, die es vor zehn Jahren noch nicht gab.

Zehn Jobs, die es vor zehn Jahren noch nicht gab



Quelle: Hallet & Hutt (2016).

Der Mensch kann durch die neuen digitalen Möglichkeiten produktiver arbeiten, auch die internationale Arbeitsteilung funktioniert dadurch besser. Das sollte als Chance verstanden werden, denn die Digitalisierung ist nicht aufzuhalten. Ein Aufschub schützt keineswegs Arbeitsplätze von heute, sondern verhindert die Arbeitsplätze von morgen. Diese werden dann an anderen Orten entstehen.

Handlungsempfehlungen

Mit der Zeit gehen: Die Digitalisierung verändert auch die Fähigkeiten, die wir benötigen, um gut im Alltag, aber auch in der Arbeitswelt zurechtzukommen. Diese Veränderung muss sich auch im Bildungssystem widerspiegeln. Die Lehrpläne sind dahingehend anzupassen, dass Schüler bereits in frühen Jahren jene Fähigkeiten stärken, mit denen der Mensch den Umgang mit der modernen Technik meistert. Grundverständnisse über die Funktionsweisen von Maschinen und Algorithmen gehören ebenso vermittelt wie der richtige Umgang mit dem Internet als Informationsquelle. Dies ist durch extra

dafür ausgelegte Fächer zu erreichen, muss aber auch viel stärker in andere Fächer integriert werden. Die Nutzung von Smartgeräten kann jede Art von Unterricht verbessern. Das Bildungssystem muss sich entsprechend vom System des Auswendiglernens zu solch einem entwickeln, in dem ein Kind lernt, wie es sich schnell und einfach selbst neue Fähigkeiten aneignet. Die gewonnenen Freiräume sind dann für die verstärkte Entwicklung der vier K (Kreativität, Kommunikation, Kooperation und kritisches Denken) zu nutzen. Diese Fähigkeiten werden in Zukunft verstärkt in den Fokus rücken, da sie sich bisher nicht durch einen Computer ersetzen ließen.

Chancen der digitalen Bildung nutzen: Die Digitalisierung verändert nicht nur die inhaltlichen Lehrpläne, sie bietet auch gleichzeitig das Werkzeug für eine bessere Bildung. Ergänzend zum bestehenden Unterricht kann die Digitalisierung die Bildung individueller gestalten und die Lehrkraft für die pädagogische Betreuung der Schüler freispielen. Sogenannte Massive Open Online Courses (MOOCs) stellen genau das zur Verfügung, und die ersten Erfahrungen damit sind positiv.⁴⁰ So bot beispielsweise Sebastian Thrun, Professor an der Stanford Universität, im Jahr 2011 einen Kurs zur Einführung in die künstliche Intelli-

genz als MOOC an. Auch Menschen, die nicht in Stanford studierten, konnten daran teilnehmen. Zur Abschlussprüfung meldeten sich schließlich 23.000 Männer und Frauen an – und es stellte sich heraus, dass es keineswegs die Studierenden der Elite-Universität waren, die den Kurs am erfolgreichsten absolvierten. Die vordersten Plätze belegten ausnahmslos Menschen, die ohne den MOOC dem Kurs nie hätten folgen können. Der beste Stanford-Student reihte sich erst auf Platz 413 ein.⁴¹

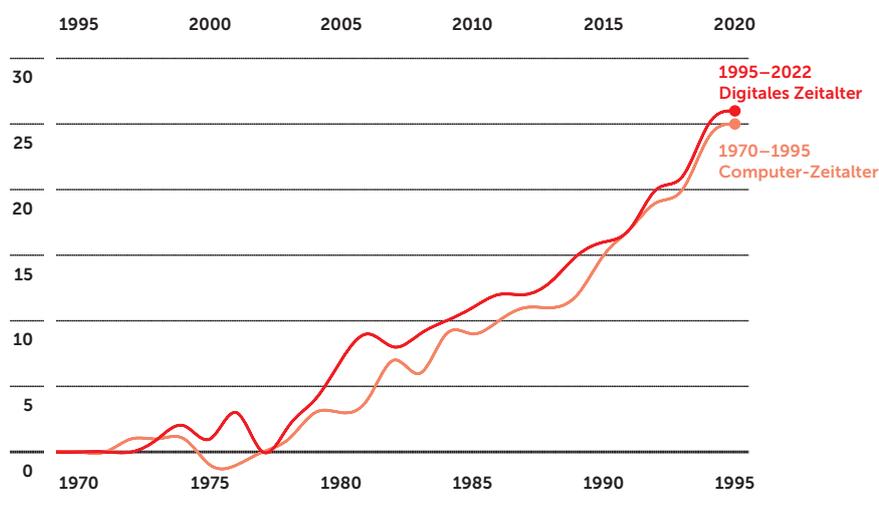
Den Bürger in den Mittelpunkt rücken: Die Verwaltung muss transparenter, moderner und digitaler werden. Zur Entwicklung digitaler Modelle muss die Verfügbarkeit öffentlicher Daten (in anonymisierter Form) stark ausgebaut werden. Daten sind der Rohstoff der Digitalisierung. Erste Schritte wurden bereits von Vorgängerregierungen unternommen, es fehlt aber ein Gesamtkonzept, das den Bürger in den Mittelpunkt rückt und klärt, wie die Daten auch innerhalb der Behörden zu nutzen sind. Es gibt Vorbilder wie Estland, wo inzwischen fast jeder Verwaltungsakt mobil übers Telefon oder Tablet erledigt wird. Das dortige System spart jährlich 1.407 Jahre Verwaltungsaufwand, erhöht die Transparenz und den Servicecharakter und damit auch das Vertrauen

in die Verwaltung. Erste Schritte sind dort zu setzen, wo das Vertrauen in die staatlichen Institutionen hoch ist und der digitale Weg dem Bürger eine deutliche Erleichterung bietet. Während in Estland Eltern nach der Geburt ihres Kindes die nun erforderlichen Verwaltungsschritte bequem übers Internet erledigen können, sind in Österreich dafür Behördengänge notwendig.

Abbildung 16: In den kommenden fünf Jahren könnten rund 300.000 neue Arbeitsplätze in Österreich entstehen.

Beschäftigungsentwicklung in Österreich

– in Prozent, indiziert



Quelle: Eigene Berechnungen, OECD (2019c).

Anmerkung: 2019–2022 prognostiziert unter der Annahme, dass sich die Beschäftigung ähnlich entwickelt wie von 1990 bis 1995.

⁴⁰ Bei MOOCs handelt es sich, wie der Name sagt, um Massen-Online-Kurse, die als Alternative zu klassischen Lehrveranstaltungen anzusehen sind. Mittels Lesematerial, Videos und Foren werden hier Informationen einem breiten Publikum zu sehr geringen Kosten bereitgestellt.

⁴¹ Vgl. Dräger & Müller-Eiselt (2015).

Bildung: Wenn schon teuer, dann auch „sehr gut“

Woran es im Bildungssystem mangelt und welche Schalter umgelegt werden müssten, damit aus dem „Befriedigend“ ein „Sehr gut“ wird. Die Ausgangslage dazu ist nicht die schlechteste.

Seit dem PISA-Schock ist auch Österreich kein Bildungsland der Seligen mehr. Die Schüler liegen mit ihren Leistungserfolgen bei Bildungstests regelmäßig nur im Mittelfeld. So ist hierzulande zwar eine solide Bildungsbasis gewährleistet, es klafft aber eine Lücke zu den Spitzenreitern. Will Österreich dahin aufschließen, müssen die Investitionen, die wir in die Bildung unserer Kinder stecken, mehr Früchte tragen.

Bei den Kosten „Sehr gut“, bei der Leistung „Befriedigend“

Dabei sind die Schulen hierzulande finanziell erstklassig ausgestattet. Am Geld scheitert es also nicht. Die Bildungsspitzenreiter Finnland und Estland geben pro Schüler deutlich weniger aus. Auch die Forschungsausgaben sind im internationalen Vergleich laut aktuellsten Zahlen mit rund 3,2 Prozent des Bruttoinlandprodukts (Stand: 2019) hoch. So befinden sie sich deutlich über dem Durchschnitt der EU-28 von rund zwei Prozent der Wirtschaftsleistung. Innerhalb Europas liegt nur Schweden vor Österreich.

Doch mit Geld lässt sich für Österreich kein besseres Abschneiden beim PISA-Test erkaufen. Denn die Ergebnisse zeigen, dass das viele Geld nicht bei den Schülern und Studierenden anzukommen scheint.

In Universitätsrankings etwa muss der Interessierte schon länger nach österreichischen Hochschulen suchen. So befindet sich im „Times Higher Education Ranking“ die erste heimische Universität auf Platz 143 (Uni Wien).⁴²

Wo Geld viel bewegt

Anders als bei den Bildungsausgaben insgesamt liegen die Aufwendungen für Kindergärten und Babykrippen in Österreich lediglich im europäischen Durchschnitt. Speziell das Angebot der Ganztagsbetreuung stellt besonders am Land ein Problem dar. In Österreich wird nicht einmal jedes fünfte Kind zwischen 0 und 2 Jahren in einer solchen Einrichtung betreut. Der EU-Schnitt liegt bei über 30 Prozent, in Dänemark sind es sogar fast 60 Prozent. Dabei sind gerade die ersten Bildungsjahre von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung von Kindern. Bildungsdefizite in der frühen Kindheit lassen sich nur relativ teuer in den späteren Jahren aufholen. Ein Blick in die Klassenzimmer zeigt, dass gerade das Sprachthema zu einer großen Heraus-

⁴² Vgl. The World University Ranking (2019). Einzelne Fachrichtungen konnten aber auch überzeugen. Laut dem Shanghai-Ranking landete 2019 die Veterinärmedizinische Universität Wien mit Rang fünf aller tiermedizinischen Hochschulen unter den Top Ten. Vgl. Shanghai Ranking (2019).

Abbildung 17: Österreich liegt bei den Ausgaben pro Schüler im internationalen Spitzenfeld, die Leistungen hingegen sind durchschnittlich.

Bildungsausgaben im europäischen Vergleich

– je Schüler*, kaufkraftbereinigt in Euro 2015

	Primarstufe	Sekundarstufe
Luxemburg	18.845	18.412
Norwegen	11.974	13.892
Österreich	10.543	13.960
UK	10.490	9.534
Schweden	9.790	10.284
Belgien	9.210	11.790
Finnland	8.393	9.455
Deutschland	7.774	10.635
Slowenien	7.705	7.477
Niederlande	7.647	11.590
Italien	7.600	8.189
Irland	7.475	9.120
Frankreich	6.671	10.596
Portugal	6.657	8.586
Spanien	6.603	8.136
Slowakei	6.203	6.007
Polen	6.095	6.139
Lettland	6.018	6.251
Estland	5.707	6.189
Griechenland	5.240	6.121
Litauen	4.961	4.679
Tschechien	4.697	7.645
Ungarn	4.590	5.295

Quelle: OECD (2018).

*Anmerkung: Vollzeitäquivalente Schüler. Ausgaben in den Schuljahren 1–4 (Primarstufe) sowie 5–13 (Sekundarstufe).

forderung geworden ist. Österreichweit liegt der Anteil der Kinder mit einer anderen Umgangssprache als Deutsch bei knapp 25 Prozent. In Wien sind es mehr als 50 Prozent aller Schüler. Das ist per se noch kein Problem, erschwert aber natürlich das Erlernen der deutschen Sprache und stellt Kinder wie Erzieher und Lehrer vor besondere Herausforderungen. Denn Personen ohne Migrationshintergrund tun sich beispielsweise beim Lesen deutlich leichter als jene der ersten und auch zweiten Migrantengeneration.⁴³

Wenn sich das österreichische Bildungssystem auf den Weg in Richtung Zukunft machen soll, muss man damit bereits im Kindergarten beginnen. Das geht nur mit Veränderungen und neuen Wegbegleitern. Lehrkräfte und Pädagogen müssen besser ausgebildet und vorbereitet sowie weitergebildet werden.

Die Schulen als Spielball

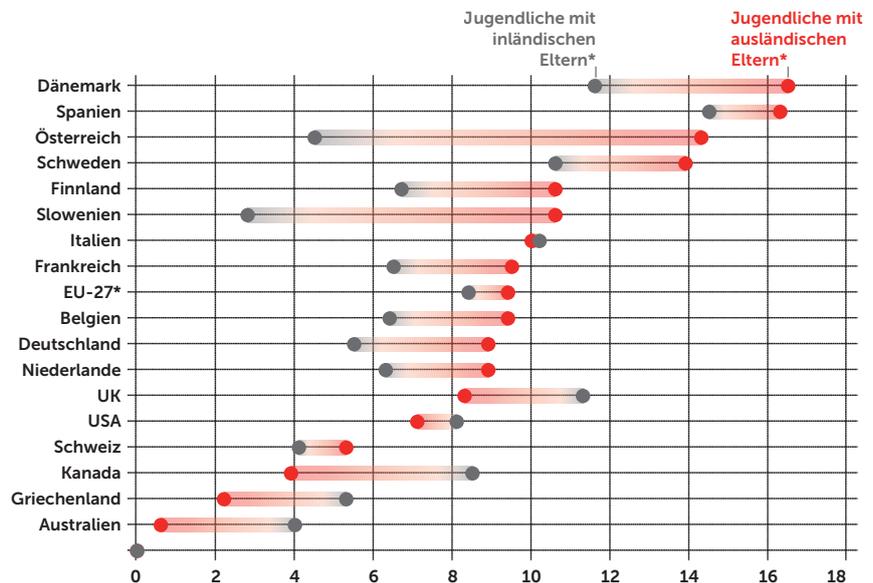
Viele Länder, die gute Bildungsergebnisse in internationalen Vergleichen erzielen, verfügen über eine hohe Autonomie auf Schulebene. In Österreich ist das nicht der Fall, Direktoren können viele Entscheidungen weder selbstbestimmt noch bedarfsorientiert treffen. Denn viele Instanzen und Kompetenzebenen reden mit und tragen zu einem unbeweglichen und trägen Konstrukt zwischen Schulleitungen, Bund und Ländern bei.

⁴³ Vgl. Christl et al. (2018).

Abbildung 18: Ein aktueller Überblick über die Industrieländer zeigt, dass in Österreich die Schulabbrecherquote von Schülern mit Migrationshintergrund knapp zehn Prozentpunkte über jenen von Inlandsösterreichern liegt.

Schulabbrecher

– in Prozent der 15- bis 24-Jährigen, 2016



Quelle: Eigene Darstellung, OECD/EU (2019).

*Anmerkung: Die Angaben beziehen sich auf den Geburtsort (im In- oder Ausland) der Eltern, nicht auf die Staatsbürgerschaft. Schulabbrecher sind junge Menschen, die nicht in Ausbildung sind und nicht über einen Abschluss über der 8. Schulstufe (oder über einen gleichwertigen Abschluss in anderen Ländern) verfügen. Für den EU-Gesamtwert fehlen die Daten zu Kroatien.

Handlungsempfehlungen

Frühe Bildung fördern: Studien zeigen, dass die ersten Lebensjahre die wichtigsten für den weiteren Werdegang der Kinder sind. Daher kommt der frühkindlichen Förderung im Allgemeinen, aber auch im Bereich der digitalen Ausbildung eine hohe Bedeutung zu. Je früher Kinder spielerisch an die neue Technik herangeführt werden, desto besser können sie diese auch in späteren Lern- und Berufsphasen nutzen. Eine finanzielle Aufwertung der frühkindlichen Bildung ist nicht nur dringend erforderlich, sie würde sich auch rechnen, weil man dafür im späteren Bildungsverlauf teure Reparaturmaßnahmen einsparen könnte. Die Mittel werden derzeit nicht effizient eingesetzt. Dänemark, Schweden oder Finnland geben in der frühen Bildungsphase zwischen 17 und 52 Prozent mehr aus, dafür weniger im späteren Schulverlauf.

Sprache erlernen: Deutsch ist die Voraussetzung für weitere Bildungserfolge. Besonders wichtig ist eine Aufwertung des Kindergartens zum zentralen Ort, um die deutsche Sprache zu erlernen. Pädagogen müssen dementsprechend besser qualifiziert werden. Kinder, bei denen die sprachlichen Fähigkeiten nicht in ausreichendem Maß ausgebildet sind, müssen frühzeitig eine entsprechende Deutschförderung erhalten. Und das vor dem Eintritt in die Schule.

Mehr Ressourcen bei höherem Bedarf: Für das Budget von Schulen sollte ein Sozialindex (Alltagsprache, Bildungshintergrund der Eltern etc.) berücksichtigt werden. Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern aus bildungsfernen Schichten sollten

zusätzliche Mittel erhalten. Zahlreiche Länder wie das Vereinigte Königreich, Frankreich und die Niederlande oder auch Schweizer Kantone handhaben das auf diese Weise. Wo es nötig ist, gibt es für die Schüler dann mehr Lese- und Sprachförderung, auch können Schulpsychologen und Sozialarbeiter besser einbezogen werden. Allerdings sind Schulen rechnungspflichtig und müssen die Verwendungszwecke der zusätzlichen Gelder offen darlegen. Außerdem muss die Zweckmäßigkeit der zusätzlichen Finanzierung regelmäßig evaluiert werden.

Die „Vienna Challenge“ einführen: Im Vereinigten Königreich fielen vor 20 Jahren Londoner Schulen bei den nationalen Bildungstests mit verheerenden Ergebnissen auf. Unter Premierminister Tony Blair wurde daraufhin die „London Challenge“ ins Leben gerufen. Die Problemschulen bekamen mehr Geld und die Chance, besser zu werden. Innerhalb von fünf Jahren mussten die Schüler deutliche Fortschritte machen, andernfalls drohte den Schulen das Aus.

Direktoren konnten sich die Lehrer aussuchen, die für den Beruf weniger geeigneten also auch kündigen. Problemschulen wurden mit jenen Schulen vernetzt, die trotz ähnlicher Problemlagen bessere Ergebnisse erzielten. Innerhalb weniger Jahre waren beachtliche Fortschritte zu sehen, noch heute zählen die Londoner Schulen zu den besten öffentlichen des Landes, obwohl die „London Challenge“ längst ausgelaufen ist. So etwas bräuchte es auch in Österreich, allen voran in Wien.

Ausbau der Schulautonomie: Die Schulen können ihre Probleme ganz pragmatisch selbst lösen und sollten nicht Spielball politisch-ideologischer Auseinandersetzungen sein. In einer entwickelten Volkswirtschaft wie Österreich wäre ein hoher Grad an Schulautonomie für den Lernerfolg der Schüler förderlich. Eine größere Selbstverantwortung der Schulen würde außerdem auch für mehr Transparenz und Wettbewerb sorgen. Dafür braucht es eine einheitliche Datenbank, die verpflichtend mit Informationen zu Ausgaben und Bildungserfolgen zu befüllen und zu veröffentlichen wäre. Das hat auch den Vorteil, dass erfolgreiche und weniger erfolgreiche Lehrmethoden verglichen werden können. Ein wesentlicher Teil der Schulautonomie sollte sich in den Personalentscheidungen widerspiegeln. Die Schulleitung muss ihre Lehrpersonen selber aussuchen und einstellen können. Der Kündigungsschutz muss sich parallel dazu an jenem der Privatangestellten orientieren, sodass sich jede Schule im Zweifel auch von pädagogisch oder fachlich ungeeignetem Personal trennen kann.

Eine größere Selbstverantwortung der Schulen würde für mehr Transparenz und Wettbewerb sorgen.

Bessere Voraussetzungen für Weiterbildung schaffen.

Modernes Dienstrecht: Wer mehr Weiterbildung erwartet, sollte auch die Voraussetzungen dafür schaffen. Es braucht daher bessere Angebote des Staates für Lehrpersonal, in denen das notwendige Wissen für die Anwendung digitaler Hilfsmittel gelehrt wird. Auf der anderen Seite muss es aber auch Aufgabe der Lehrer sein, diese Angebote wahrzunehmen und sich fortzubilden. Es braucht ein modernes Dienstrecht, das zur Weiterbildung verpflichtet und dafür aber auch die notwendigen zeitlichen Freiräume schafft und Engagement belohnt. Um engagierte Lehrkräfte zu fördern, sind Gehaltsvorrückungen an Fortbildungen, speziell im Umgang mit digitalen Hilfsmitteln, zu koppeln.

**„Suche Fachkraft!“
– Unternehmen suchen
verzweifelt, aber oft
passt weder Ort noch
Qualifikation.**



Wie es zum Arbeitsmarktversagen gekommen ist

**Österreich galt lange als „Musterschüler“ in Sachen
Arbeitsmarkt. Doch die kommende Regierung muss
viele strukturelle Probleme lösen.**

Solange das Wachstum hoch war, galt Österreichs Arbeitsmarkt als führend in Europa. Doch der Blick auf die lange niedrige Arbeitslosenrate verschleierte einige Probleme, die seit der Stagnationsphase infolge der europäischen Schuldenkrise offen zutage getreten sind. Zwar hat die Politik so manchen „Arbeitsmarktgipfel“ abgehalten,⁴⁴ doch rangiert Österreich 2018 auch bei der Arbeitslosenrate nur mehr auf Rang neun und damit knapp unter den Top-Ten-Ländern in Europa.⁴⁵ 2012 grüßte Österreich noch von einem europäischen Spitzenplatz.

Strukturelle Probleme, lange Arbeitslosigkeit

Oftmals wird zwar ins Spiel gebracht, dass die Situation in anderen EU-Ländern noch deutlich dramatischer sei. Doch es gibt einige Problembereiche auf dem Arbeitsmarkt, die sich definitiv negativ entwickelt haben: So ist die Langzeitarbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren merklich gestiegen. Mehr als 100.000 Menschen waren im Jahr 2018 länger als zwölf Monate ohne Beschäftigung. Vor der Wirtschaftskrise waren es noch halb so viele gewesen. Dabei zeigen Studien immer wieder, dass es mit steigender Dauer der Arbeitslosigkeit stets schwieriger wird, einen neuen Job zu finden.

⁴⁴ Vgl. Agenda Austria (2018c).

⁴⁵ Vgl. Eurostat (2019b).

Vorarlberg ist nicht Wien

Die Konjunktur kann aber nicht als einzige Ursache für die Krise auf dem österreichischen Arbeitsmarkt herhalten. Das Problem ist auch, dass ungeachtet des jüngsten Aufschwungs viele Menschen keinen (neuen) Job finden. Unternehmen suchen zwar (vergeblich) nach neuen Mitarbeitern, doch die Arbeitslosen bringen oft nicht die gewünschten Qualifikationen mit. Oder sie leben nicht in jenen Regionen, in denen gerade intensiv gesucht wird. In beiden Fällen spricht man von einem „Mismatch“, das heißt, Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt passen nicht mehr zusammen.

Sucht beispielsweise eine Vorarlberger Hotelierin einen Koch, wird sie schwer fündig. Und das, obwohl zeitgleich im Osten des Landes viele Köche arbeitslos sind. Im Westen ist es längst üblich geworden, dass Unternehmen Mitarbeiter mit allerlei Anreizen locken, um dieses Arbeitsmarktversagen zu lösen. Dass die Mangelberufsliste jüngst nicht nur ausgeweitet, sondern auch regionalisiert wurde, sorgt zwar für eine kurzfristige Entlastung der Betriebe, die dringend Fachkräfte suchen. Doch die hohe Arbeitslosigkeit in Wien wird dadurch nicht gesenkt.⁴⁶

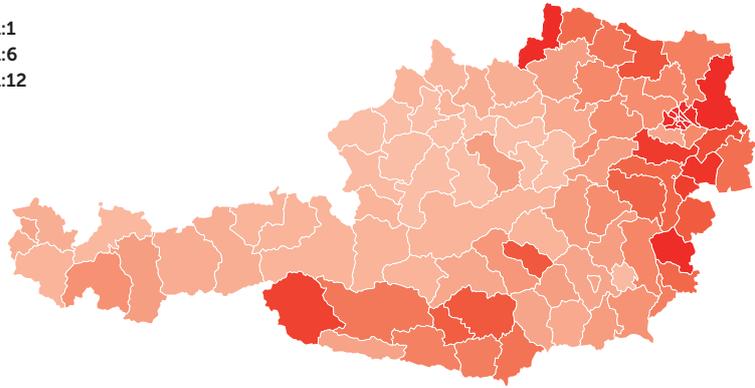
⁴⁶ Einige Projekte zur überregionalen Vermittlung wurden zwar gestartet, aber offenbar mit zunächst überschaubarem Erfolg. Vgl. Der Standard (2019b).

Abbildung 19: Eine Landkarte zeigt das Verhältnis zwischen Jobsuchenden und offenen Stellen. In ganz Oberösterreich sowie im Großteil Tirols und Vorarlbergs entfallen auf zwei Jobs jeweils rund fünf Arbeitssuchende. In Wien hingegen kommen auf eine offene Stelle durchschnittlich gut 18 Arbeitssuchende.

Arbeitslose pro offener Stelle*

– Stand 07/2019

- 1:1
- 1:6
- 1:12



Quelle: Eigene Berechnungen, Arbeitsmarktservice (2019a), Arbeitsmarktservice (2019b).

Bildung als Versicherung

Oft passen nicht nur Berufs- und Wohnort nicht zusammen, sondern auch die Anforderungen und das Profil der Arbeitssuchenden: Arbeitgeber suchen Mitarbeiter mit bestimmten Qualifikationen, und die gibt es trotz der hohen Anzahl an arbeitslos Gemeldeten oft nicht in ausreichendem Maße. Davon zeugt neben der stark gestiegenen Zahl offener Stellen auch die erst jüngst von der ehemaligen Regierung ausgeweitete Mangelberufsliste.⁴⁷ Diese weist heuer bereits 45 Berufe auf, u. a. Elektroinstallateure, Bautischler, Augenoptiker oder Krankenpfleger.⁴⁸ Was für den Einzelnen gilt, hat auch für die gesamte Volkswirtschaft Gültigkeit: Ein höherer Bildungsabschluss ist eine gute Absicherung gegen Arbeitslosigkeit.

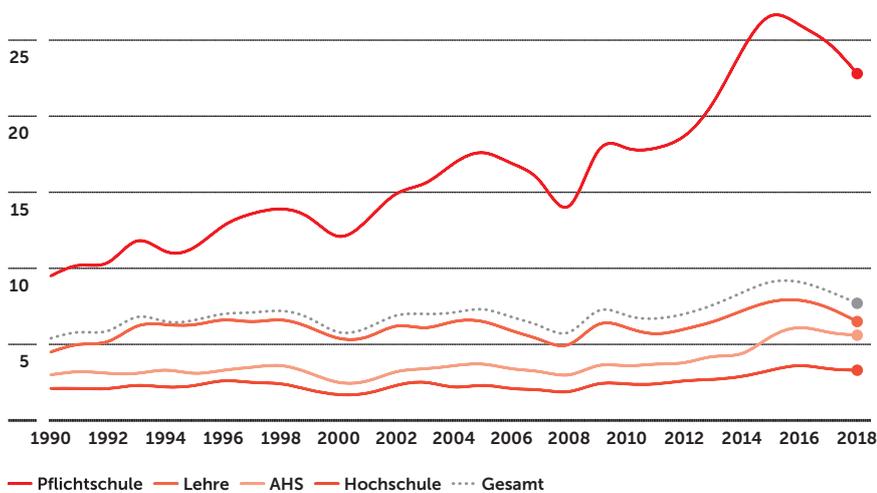
⁴⁷ Vgl. Arbeitsmarktservice (2019c).

⁴⁸ Vgl. Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (2019).

Abbildung 20: Menschen, die lediglich über eine Pflichtschulausbildung verfügen, haben es am Arbeitsmarkt schwer. Die Arbeitslosenquote liegt hier bei fast 25, im Durchschnitt über alle Bildungsabschlüsse hinweg bei knapp acht Prozent.

Arbeitslosenquoten nach Bildungsabschluss

– in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen, Arbeitsmarktservice (2019e).

Anmerkung: Die Arbeitslosenquote wurde berechnet durch die vorgemerkten Arbeitslosen einer Bildungsebene bezogen auf das Arbeitskräftepotenzial derselben Bildungsebene.

*Ein höherer
Bildungsabschluss
ist eine gute
Absicherung gegen
Arbeitslosigkeit.*

Gerade Langzeitarbeitslosigkeit hat aber nicht nur mit Qualifikation und Region zu tun, das Alter spielt ebenso eine Rolle. Auch auf dem österreichischen Arbeitsmarkt ist der „Instant Ageing“-Effekt stark ausgeprägt. Wird ein über 50-Jähriger arbeitslos, dann werden selbst ehemalige Führungs- und Fachkräfte plötzlich als „alt“ eingestuft und gar nicht erst zu Bewerbungsgesprächen eingeladen.⁴⁹ Die große Schwierigkeit, wieder am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, zeigt sich auch darin, dass die durchschnittliche Verweildauer in Arbeitslosigkeit mit dem Lebensalter deutlich zunimmt.

Dafür sorgt auch die Konstruktion der österreichischen Arbeitslosenversicherung. Auf die Auszahlung der Arbeitslosenversicherung folgt in Österreich eine theoretisch „ewige“ Leistung in Form der Notstandshilfe. Dies ist im internationalen Vergleich äußerst selten. Die Anzahl der Notstandshilfe-Bezieher hat sich von 2008 bis 2016 mit einem Zuwachs von rund 78.000 auf 167.000 Personen mehr als verdoppelt. 2018 bezogen noch immer 143.602 Personen diese Leistung.

Handlungsempfehlungen

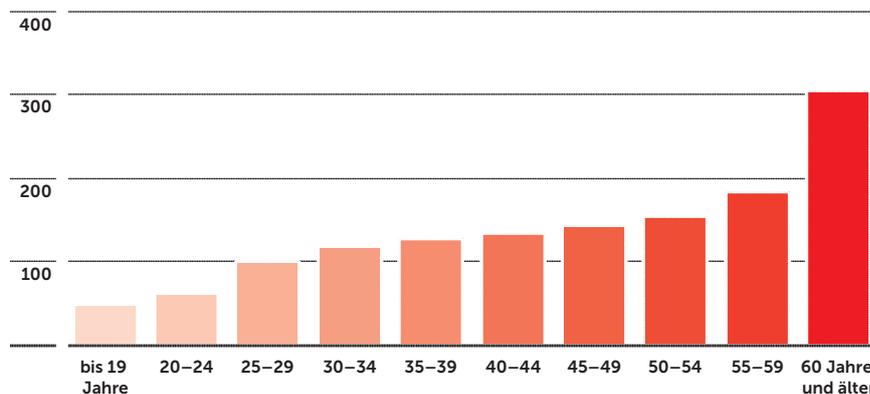
Arbeitsanreize stärken: Politik schafft selten Jobs, kann es Unternehmen aber erleichtern, diese zu kreieren. Neben einer steuerlichen Entlastung des Faktors Arbeit ist auch eine Reform des Arbeitslosengeldes eine wichtige Stellschraube. Dieses sollte zu Beginn der Arbeitslosigkeit höher ausfallen als derzeit, dann aber sukzessive absinken, ohne dass über die gesamte Bezugsdauer weniger ausbezahlt wird. So ist der Anreiz gegeben, möglichst rasch eine neue Beschäftigung anzunehmen. Gleichzeitig wird so auch das Risiko verringert, in die Langzeitarbeitslosigkeit abzurutschen.

⁴⁹ Vgl. Kurier (2019).

Abbildung 21: Speziell ältere Personen haben mit fortdauernder Arbeitslosigkeit Schwierigkeiten, wieder am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Im Durchschnitt ist ein über 60-jähriger Arbeitsloser 348 Tage ohne Job. Bei den 55- bis 59-Jährigen dauert die Jobsuche mit 182 Tage bereits deutlich kürzer.

Durchschnittliche Verweildauer in Arbeitslosigkeit

– in Tagen, 2018



Quelle: Eigene Darstellung, Arbeitsmarktservice (2019d).

Seniorität schmälern: Das Risiko, langzeitarbeitslos zu werden, ist in der Gruppe der älteren Arbeitnehmer deutlich höher. Und dieses Risiko wird durch die aktuellen Kollektivverträge, die die Entlohnung zu einer Alters- und nicht Produktivitätsfrage machen, noch vergrößert. Nach schwedischem Vorbild aber sollte sich die (kollektivvertragliche) Entlohnung künftig mehr an der Produktivität und nicht am Alter orientieren. Arbeitnehmer würden dadurch nicht weniger verdienen, das Einkommen wäre lediglich im Verlauf des Arbeitslebens anders verteilt. Der Einkommenshöhepunkt fände früher statt (zwischen 40 und 50) und die Arbeitskosten würden sich ab einem gewissen Alter nicht weiter erhöhen.

Arbeitsmarktversagen bekämpfen: Die Politik sollte sowohl Arbeitnehmern als auch Arbeitgebern das Leben erleichtern. Um den regionalen Mismatch in den Griff zu bekommen, sollte eine österreichweite Jobvermittlung intensiviert werden. Das AMS sollte darüber hinaus die arbeitsplatznahe Qualifizierung und die Fachkräfteausbildung noch stärker fördern. Außerdem sollten die Ausbildungsinhalte in Studiengängen und Ausbildungsberufen überprüft und angepasst werden. Gerade digitale Kompetenzen werden auch für Lehrberufe, die ehemals sehr analog waren, künftig unerlässlich sein.

KAPITEL 3: SYSTEM ÖSTERREICH



**WENN ÖSTERREICH WIRT-
SCHAFTLICH AUFSCHLIESSEN
SOLL, KOMMT MAN UM
EINE SYSTEMREFORM
NICHT HERUM.**



**NICHT
NE!**

Die Herrschaft der Bürokratie

Deregulierung, Bürokratieabbau und mehr Tempo: All das nahm sich die alte Bundesregierung in puncto Verwaltung vor. Geworden ist daraus wenig. Die zukünftige Bundesregierung sollte das Vorhaben mit Nachdruck angehen.

Zwar hat die Vorgängerregierung eine sogenannte „Bürokratiebremse“ versprochen, zu ihrer Umsetzung kam es allerdings nicht. Auch jetzt im Vorwahlkampf fordert die ÖVP erneut eine verpflichtende Verwaltungsbremse. Ziel sei es, die Kosten der Bürokratie jedes Jahr um zehn Prozent zu reduzieren. Damit wolle man mehr Freiheit für Bürger und Unternehmen schaffen. An Gelegenheiten dafür herrscht in Österreich jedenfalls kein Mangel.

Österreich, ein Bürokratiemonster

Denn ein Blick auf die Zahlen zeigt, wie fest die Bürokratie Österreich im Griff hat. Das World Economic Forum publiziert jedes Jahr in seinem Competitiveness Report eine Rangliste, die abbildet, inwieweit die Bürokratie die Tätigkeit von Unternehmen im Land erschwert.⁵⁰ Österreich schaffte es 2018 mit Platz 63 zwar ins Mittelfeld der 140 untersuchten Staaten, europäische Vergleichsländer wie die Schweiz (8), Deutschland (7) oder Schweden (23) schnitten aber deutlich besser ab.⁵¹

Auch die Weltbank bestätigt diesen Befund. Der von ihr erstellte „Ease of Doing Business“-Indikator misst, wie einfach (oder schwer) es ist, unternehmerisch tätig zu werden. Hier rangiert Österreich im Jahr 2018 auf Platz 26 von 190 Vergleichsländern.⁵² Schweden (12) und Deutschland (24) liegen in diesem Ranking erneut vor Österreich (die Schweiz folgt auf Rang 38).

Bürokratie bremsen, Wachstum fördern

Laut OECD könnten wettbewerbsfördernde Maßnahmen in Österreich das Wachstum von Produktivität und Beschäftigung deutlich steigern. Allerdings beeinträchtigen die gesetzlichen Beschränkungen den Wettbewerb.⁵³ Insbesondere der Dienstleistungssektor ist von übermäßig strengen Regulierungen betroffen. Die Europäische Kommission fordert Österreich immer wieder dazu auf, mehr Konkurrenz zu ermöglichen.⁵⁴ Auch Vorschriften wie Gebietschutz und Öffnungszeiten schränken den Markteintritt unnötig ein und führen zu höheren Preisen für Verbraucher. Dadurch wird das Wachstum geschwächt, weil weniger gekauft und damit auch weniger produziert wird, als dies bei niedrigeren Preisen möglich wäre.

Ein Relikt aus der Zeit Kaiser Franz Joseph I., über das sich die eingesessenen Betriebe noch heute freuen dürfen, ist die Gewerbeordnung. Eingeführt wurde sie im Jahr 1859 mit dem Ziel, „die gewerbliche Betriebsamkeit in unserem Reiche gleichmäßig zu regeln und möglichst zu erleichtern ...“ (Kundmachungspatent).

⁵⁰ Teilindex: Burden of government regulation.

⁵¹ Vgl. World Economic Forum (2018).

⁵² Vgl. Weltbank (2019).

⁵³ Vgl. OECD (2015).

⁵⁴ Vgl. EU-Kommission (2019f).

Nun hat sich das mit dem „Reiche“ mittlerweile erledigt – das mit der Erleichterung ebenso. Durch die enorme Überfrachtung im Laufe der Jahrzehnte wurde das ursprüngliche Ziel aus den Augen verloren. Wer Unternehmer sein darf und wer nicht, bestimmt in Österreich letzten Endes die Wirtschaftskammer – also die eigene Standesvertretung und damit die angestammten Betriebe. Hier gilt es abzuwägen: Jedes neue Mitglied erhöht die Einnahmen der Kammern, stellt aber auch eine Bedrohung für die Existenz bereits etablierter Unternehmen dar. Begründet wird die Notwendigkeit einer strengen Regulierung vor allem mit dem Schutz der Konsumenten. Nur wer eine Meisterprüfung abgelegt hat, sei auch imstande, den Verbrauchern in sensiblen Geschäftsbereichen die nötige Qualität zu bieten.

Das Argument hat etwas für sich – ignoriert aber einen wichtigen Umstand: Der Gewerbeinhaber muss den Nachweis erbringen, aber nicht seine Mitarbeiter, die den Kunden versorgen. Nehmen wir nur das Beispiel eines Optikers: Niemand wird bestreiten wollen, dass die Tätigkeit im Interesse der Kunden jede Menge Fachwissen verlangt und zweifellos zu jenen Gewerben zählt, deren Ausübung strengen Regulierungen zu unterliegen hat. Um das Optiker-Gewerbe auszuüben, braucht es deshalb auch eine Meisterprüfung – aber keine Anwesenheitspflicht des Meisters. Nur so konnten sich große Optiker-Ketten in Österreich etablieren, unzählige Standorte teilen sich einen Meister. In welcher Filiale dieser gerade anwesend ist, weiß niemand. Es fragt auch beim Betreten einer Filiale niemand, ob der Meister gerade da ist, weil davon auszugehen ist, dass dies der Fall ist. Wie es aussieht, dürfte das in der Praxis auch ganz gut funktionieren.

Es gibt eine ganze Reihe von Hinweisen, dass die strenge Regulierung nicht so sehr die Verbrau-

cher im Auge hat, sondern vielmehr die eingegessenen Unternehmen, denen neue Konkurrenz vom Leibe gehalten werden soll. Streng reglementiert werden sollten in Zukunft nur noch jene Gewerbe, deren Ausübung Mensch, Tier oder Umwelt gefährdet (siehe Handlungsempfehlung).

Staat kommt auch mit hohen Einnahmen nicht aus

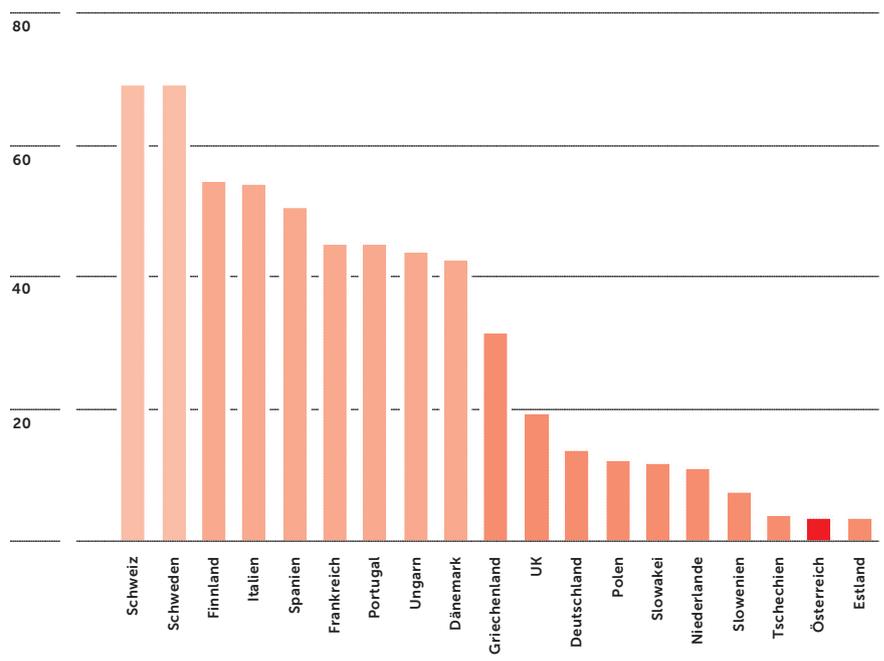
Die Bürokratie hemmt nicht nur Unternehmen und Bürger, sondern auch den Staatsapparat selbst. Seine Dienstleistungen für den Bürger werden dadurch ebenfalls teurer. So kommt es, dass der Staat trotz immer weiter steigender Einnahmen nur äußerst selten das Auslangen findet.

Eine der Ursachen dafür ist, dass die Löhne im öffentlichen Sektor deutlich schneller wachsen als in der freien Wirtschaft – ohne dass der Staat mit einer besonders hohen Produktivitätssteigerung auffallen würde. Ein echtes Sparen im System wäre also durch-

Abbildung 22: Macht braucht Verantwortung. In Österreich heben die Länder und Gemeinden nur sehr wenig Geld selbst ein.

Wo sich die Gemeinden selbst finanzieren

– Ausgabenanteil in Prozent, der durch eigene Steuern finanziert wird, 2016



Quelle: OECD (2016).

aus im Rahmen des Möglichen. Hätten sich Löhne und Produktivität in den öffentlichen Institutionen genauso entwickelt wie in der Privatwirtschaft, wären den Steuerzahlern allein im Jahr 2016 Ausgaben um knapp 15 Milliarden erspart geblieben.⁵⁵

Die Länder in die Verantwortung nehmen

Auch die Art und Weise, wie die Republik den Föderalismus lebt, ist einer der Gründe für übermäßig stark steigende öffentliche Ausgaben. Macht und Verantwortung unterliegen entweder zentraler Entscheidungsbefugnis oder sie lassen sich autonom auf die föderalen Einheiten verteilen. Während in Dänemark vieles zentral beschlossen wird, werden in der Schweiz zahlreiche wichtige Entscheidungen auf Ebene der Kantone und Gemeinden getroffen. In beiden Fällen gilt: Dort, wo die Entscheidung zu den Ausgaben fällt, da muss auch das Geld eingeho-

Dort, wo die Entscheidung zu den Ausgaben fällt, da muss auch das Geld eingehoben werden.

ben werden. Österreich hingegen lebt die teuerste Form des Föderalismus: einen Einnahmenezentrismus kombiniert mit einem Ausgabenföderalismus. Wer die Steuern einnimmt, hat wenig bis nichts zu melden. Wer das eingenommene Geld ausgibt, schafft an.

Was bedeutet das nun im Detail? In Österreich können Länder und Gemeinden derzeit kaum Steuern selbst festlegen – so gut wie alle Steuereinnahmen werden vom Bund abgeschöpft und für die Erledigung regionaler Aufgaben mit einem fixen Verteilschlüssel wieder an die Länder und Gemeinden zurücküberwiesen. Das alles passiert im Rahmen des Finanzausgleichs. Die Bürger zahlen für die Leistungen zu viel, weil die Einnahmen- und die Ausgabenverantwortung zu weit auseinanderliegen. Bisher haben die Länder keinen Anreiz zu sparen – eine Steuerautonomie hätte zur Folge, dass Regionalpolitiker für höhere Ausgaben auch höhere Steuern vor Ort einheben müssten, was wiederum einen sorgsameren Umgang mit dem Geld der Steuerzahler bewirken würde.

⁵⁵ Vgl. Köppl-Turyna et al. (2017).

Während die Bundesländer ihre Ausgaben mit nicht einmal drei Prozent über eigene Steuern finanzieren, gehen fast 17 Prozent der Staatsausgaben auf ihr Konto. Noch zu wenig Aufmerksamkeit bekommen in dieser Debatte die österreichischen Gemeinden. Sie sind, auch im Vergleich mit Kommunen in anderen Industrieländern, finanziell kaum eigenständig – und hier gilt es anzusetzen: Die Gemeinden wissen am besten, was ihre Bevölkerung braucht und was ihre steuerlichen Spielräume sind, weil sie eine besondere Nähe zu ihren Bewohnern haben. Sie können außerdem schnell und flexibel auf Veränderungen reagieren. Wenn der Föderalismus in Österreich reformiert werden soll, sollte daher unbedingt auch auf eine höhere finanzielle Autonomie der Gemeinden geachtet werden. Samt der Verpflichtung, einen höheren Anteil ihrer Ausgaben selbst einzuheben.

Handlungsempfehlungen

Wettbewerb forcieren: In Österreich wird Wettbewerb gerne vermieden. Unsere Bauern sollen nicht mit Argentinien konkurrieren müssen und unsere Handwerker nicht mit jenen aus Polen. Deswegen gilt in Österreich auch noch vieles als streng reguliert. Wer günstigere Preise und höheren Wohlstand für das Land will, der findet im Wettbewerb aber einen treuen Freund. Österreich sollte die Öffnungszeiten freigeben und den Gebietsschutz für die freien Berufe aufheben. Zudem gehört die Gewerbeordnung gründlich entrümpelt. So gab es zwar kürzlich eine sanfte Liberalisierung, in der die Anzahl der streng regulierten Gewerbe von 80 auf 75 reduziert wurde.⁵⁶ Wirklich frei ist die Wirtschaft deswegen aber nicht. Immerhin trifft der von der Verfassung gerechtfertigte Schutz vor Gefahren für Menschen, Tiere und Umwelt nicht auf alle Gewerbe zu. Denn Buchbinder, Friseure und Floristen stellen keine Gefahrenquelle dar – und werden dennoch streng mit einem Zwang zum Befähigungsnachweis reguliert. Die Konsequenzen sind ein erhöhter büro-

⁵⁶ Freigegeben wurden allerdings nur zwei Bereiche (Arbeitsvermittlung und Erzeugung von kosmetischen Artikeln). Die restliche Reduktion erfolgte aufgrund einer Zusammenlegung von Gewerben im Textilbereich.

kratischer Aufwand und ein eingeschränkter Wettbewerb. Daher sollte die Gewerbeordnung nur jene Berufe regulieren, von deren Ausübung Gefahr für Menschen, Tiere und Umwelt ausgehen kann.

Folgende Berufe würden etwa darunterfallen:⁵⁷

1. Baumeister
2. Chemische Laboratorien, Herstellung von Arzneimitteln und Giften
3. Elektrotechniker
4. Gas- und Sanitärtechniker
5. Zimmermeister
6. Technische Büros
7. Sprengungsunternehmer
8. Herstellung von Medizinprodukten
9. Augentoptiker und Kontaktlinsenoptiker
10. Waffengewerbe (Büchsenmacher)
11. Erzeugung von pyrotechnischen Artikeln und Zündmitteln
12. Zahntechniker
13. Orthopädietechniker
14. Hörgeräteakustiker
15. Rauchfangkehrer

In Deutschland wurden bereits 2004 unter der Regierung von SPD und Grünen 53 von ehemals 94 Handwerken liberalisiert, deren Ausübung bis dahin eine Meisterprüfung erforderte. 41 Tätigkeiten blieben reguliert, aber nur noch für sechs von ihnen wird auch heute noch eine Meisterprüfung verlangt. Infolge der Liberalisierung machten sich viele Angestellte selbständig. Besonders stark gestiegen ist die Gründungsneigung naturgemäß bei weniger qualifizierten Handwerkern innerhalb der freigegebenen Gewerbe. Die Anzahl der deregulierten Betriebe ist im Handwerk von 74.940 auf 235.818 (2003 bis 2015) angewachsen, hat sich also mehr als verdreifacht.⁵⁸ Mit anderen Worten: Der Konkurrenz-

Wer günstigere Preise und höheren Wohlstand für das Land will, der findet im Wettbewerb einen treuen Freund.

druck stieg, aber in Summe gibt es heute in Deutschland deutlich mehr Unternehmen als vor der Liberalisierung. Die Anzahl der Beschäftigten im Handwerk hat sich hingegen nicht signifikant verändert. Zurückgegangen ist hingegen die Zahl der Lehrlinge – allerdings nicht nur in den liberalisierten, sondern auch in den weiterhin regulierten Berufen. Dasselbe trifft auch auf das streng regulierte Österreich zu. Hauptgrund dafür ist der demografische Wandel: Es gibt heute deutlich weniger 15-Jährige als noch vor 20 oder 30 Jahren. Und dementsprechend weniger Lehrlinge.

Regulierung herunterfahren: Regulierungen wachsen hierzulande so sicher wie die Einnahmen des Finanzministers. Daher hat die türkis-blaue Regierung 2017 ein sogenanntes „Deregulierungsgrundsatzgesetz“ beschlossen. Es soll sicherstellen, dass neue Bundesgesetze notwendig, zeitgemäß und die beste Form der Zielerreichung sind. Das Gesetz sieht vor, dass EU-Richtlinien nicht mehr übererfüllt werden sollen (in der Fachsprache „Gold Plating“ genannt). Bei neuen Regulierungen auf Bundesebene sollen nach Möglichkeit ältere Regulierungen im gleichen Verwaltungs- und Kostenausmaß entfallen („One in, one out“-Regel), sodass die Belastung nicht weiter steigt. Zudem sollen Rechtsbestimmungen des Bundes in regelmäßigen Zeitabständen auf ihre Wirkungsweise evaluiert werden und auch ein vordefiniertes Ablaufdatum erhalten (Review- und Sunset-Klausel). Dieses kann aber durch die Politik

⁵⁷ Zahlreiche andere Gewerbe, deren Ausübung Leib und Leben gefährden, sind hier nicht ausdrücklich erwähnt, weil sie bereits außerhalb der Gewerbeordnung reguliert sind – wie etwa medizinische Laboratorien oder Apotheken. Diese Gewerbe sollen nicht dereguliert werden und sie sind nicht Thema der Gewerbeordnung. Chemische Laboratorien sollten entweder über das Gesetz oder in der Gewerbeordnung geregelt werden. Wir haben uns für die Gewerbeordnung entschieden.

⁵⁸ Vgl. Rostam-Afschar (2014).

immer wieder aufs Neue verlängert werden.⁵⁹ Die im Gesetz festgehaltenen Bemühungen müssen zusätzlich durch eine unabhängige Instanz überprüft werden, damit das Gesetz auch seine Wirkung entfalten kann. Der Rechnungshof sollte daher in Zukunft Regulierungen auf ihre Kosteneffizienz und Wirksamkeit überprüfen. Dieser Vorgang wird bereits im Vereinigten Königreich erfolgreich praktiziert.

Um den bestehenden Regulierungsberg abzutragen, aber dennoch handlungsfähig zu bleiben, sollte eine sogenannte „One in, one out“-Regelung nach britischem Vorbild eingeführt werden. Diese gibt vor, dass neue Regulierungen nur dann erlassen werden, wenn dafür andere, bereits bestehende Regulierungen im doppelten Kostenumfang entfallen.

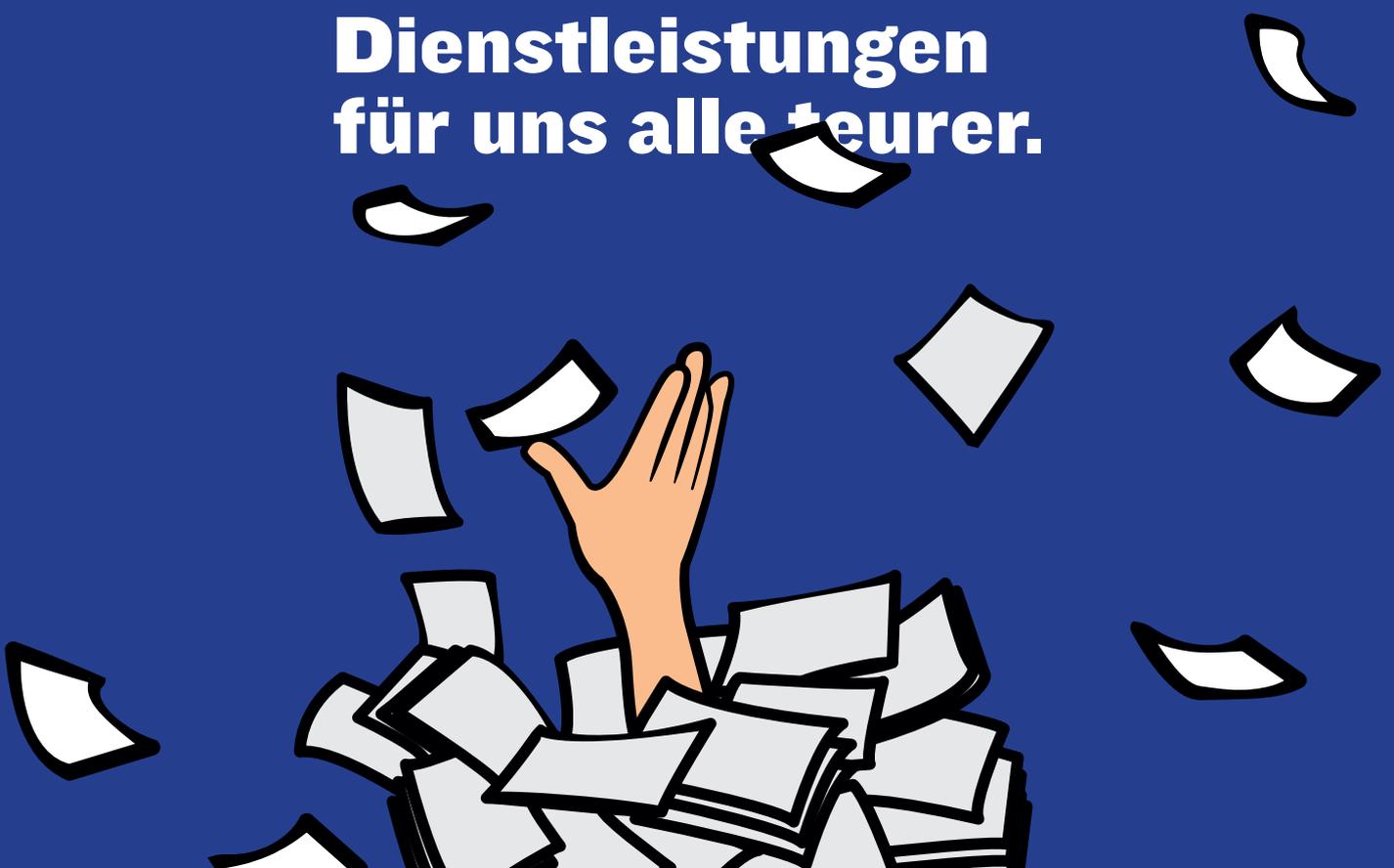
Die Bundesländer in die Pflicht nehmen: Der österreichische Föderalismus existiert hauptsächlich auf der Ausgabenseite. In kaum einem anderen OECD-Land finanzieren Bundesländer ihre Ausgaben zu einem so niedrigen Anteil über eigene Steuern wie in Österreich. Wäre es Österreichs Bundesländern möglich, unterschiedliche Steuern einzuheben, könnten diese besser auf örtliche Gegebenheiten eingehen. Ein positives Beispiel dafür ist die Schweiz: In einem Ballungsraum wie Zürich hat die öffentliche Hand andere Aufgaben zu erledigen als in einem Bergkanton und hebt daher aus guten Gründen höhere Steuern ein. Zudem würde es zu einem Wettbewerb und damit sorgsameren Umgang mit Steuergeld führen. In einem ersten Schritt sollte der Bund die Steuertarife für die Lohn- und Einkommensteuer um rund sieben Prozent-

punkte senken und im Gegenzug sollten die Bundesländer einen Zuschlag im gleichen Ausmaß einheben. Damit würden die gesamten Steuereinnahmen erst einmal gleichbleiben. Profitieren würden davon Wien und Niederösterreich. Weniger Einnahmen würden das Burgenland, Kärnten und Tirol erzielen. Die Einnahmen in Salzburg, Oberösterreich und Vorarlberg würden sich nur geringfügig verändern. Zur Wahrung des Status quo würde der Finanzausgleich diese Unterschiede aufheben. Gleichzeitig sollte die versteckte Umverteilung des Bundesfinanzausgleichs auf einen transparenten Finanzausgleich zwischen den Bundesländern umgestellt werden und damit eine Nivellierung von den reichen hin zu den ärmeren Bundesländern erfolgen. In einem nächsten Schritt könnten dann die Bundesländer autonom ihre Zuschläge gestalten. Sollen Arbeitnehmer angelockt werden, könnten die Zuschläge gesenkt werden. Zur Finanzierung von Standortprojekten könnten sie aber auch erhöht werden. Auch die Körperschaftsteuer sollte in einem zweiten Schritt in einer Kombination aus Bundessteuer und föderalen Zuschlägen eingehoben werden.

Der Bund soll die Steuertarife für die Lohn- und Einkommensteuer um rund sieben Prozentpunkte senken.

⁵⁹ Siehe Deregulierungsgrundsatzgesetz §1: (Abs 4) „Bei der Vorbereitung der Umsetzung von Rechtsakten der Europäischen Union ist darauf zu achten, dass die vorgegebenen Standards nicht ohne Grund übererfüllt werden. (Abs 2) Zur Vermeidung weiterer Belastungen wird jede Neuregelung, aus der zusätzlicher bürokratischer Aufwand oder zusätzliche finanzielle Auswirkungen erwachsen, nach Tunlichkeit durch Außerkraftsetzung einer vergleichbar intensiven Regulierung kompensiert. (Abs 5) Rechtsvorschriften des Bundes sind in angemessenen Zeitabständen zu evaluieren; sie sollen nach Möglichkeit nur für einen bestimmten, von vornherein festgelegten Zeitraum in Geltung treten. Befristet erlassene Rechtsvorschriften sind vor Ablauf des festgesetzten Anwendungszeitraums im Hinblick auf weitere Notwendigkeit zu evaluieren.“

**Die Bürokratie
hemmt nicht nur
Unternehmen und
Bürger, sondern
macht auch
Dienstleistungen
für uns alle teurer.**



Die Feinde einer offenen Politik

Österreichs politisches System zeichnet sich durch hohe Kosten, aber wenig Transparenz aus. Das muss sich ändern.

„Die Parteien- und Politikerfinanzierung in Österreich ist von Intransparenz und hohen staatlichen Zuwendungen gekennzeichnet“, schreibt Hubert Sickinger.⁶⁰ Der Politologe gilt als *der* Experte der österreichischen Parteienfinanzierung. Österreichs Parteien erhalten pro Jahr staatliche Zuwendungen von über 230 Millionen Euro. Über eine Legislaturperiode von fünf Jahren hinweg bekommen die Parteien also mehr als eine Milliarde Euro vom Staat, respektive den Steuerzahlern – für Wahlkämpfe, ihre Parteiakademien oder ihre politische Arbeit im Parlament.

Ein Prüfer ohne Befugnis

Das österreichische Parteiensystem kommt im internationalen Vergleich den Steuerzahlern sehr teuer. Denn in Relation zu den Wahlberechtigten erhalten die Parteien hierzulande oft ein Vielfaches an Förderung.⁶¹

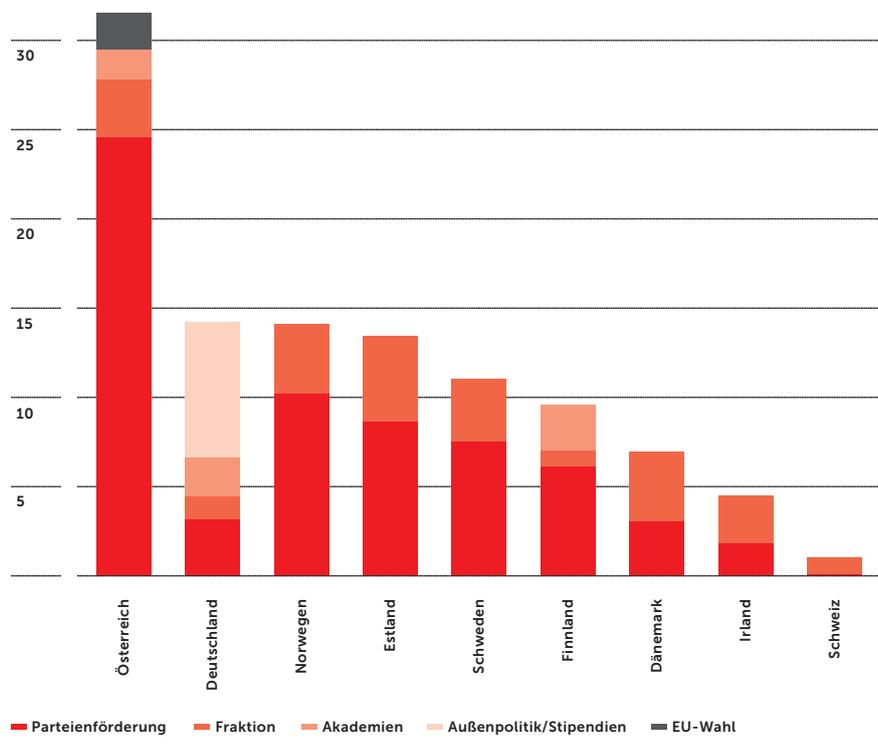
⁶⁰ Vgl. Sickinger (2013).

⁶¹ Für den internationalen Vergleich wurden die drei wichtigsten Fördermaßnahmen Klubförderung, Bundes- und Landesparteienförderung sowie die in Deutschland und Österreich relevante Akademienförderung herangezogen. Fraktionsförderung im Landesbereich wurde nicht berücksichtigt, um eine Vergleichbarkeit über Ländergrenzen hinweg zu ermöglichen.

Abbildung 23: Bei der öffentlichen Parteienfinanzierung liegt Österreich an der Spitze.

Die staatliche Parteienfinanzierung

– in Euro pro Wahlberechtigtem



Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage von Veröffentlichungen in ausgewählten Ländern. Anmerkung: Kaufkraftbereinigt zu österreichischen Preisen.

Abbildung 24: Wie hält es der Österreicher mit der Korruption? Österreich liegt im Transparency-International-Korruptionsindex im Mittelfeld westlicher Demokratien.

Neben der hohen öffentlichen Förderung gibt es aber noch die privaten Kanäle über scheinbar gemeinnützige Vereine, deren einziger Zweck das Weiterleiten von Spenden an politische Parteien ist. Das wird auch durch die von SPÖ und FPÖ beschlossene Reform des Parteienfinanzierungsgesetzes vor der Wahl 2019 nicht verhindert.

Denn dafür fehlt es an Transparenz und Sanktionsmöglichkeiten. Das zentrale Problem bleibt, dass Zuwendungen über Spenden nicht gänzlich erfasst werden. Werden nämlich Vereine zwischengeschaltet, dann gibt es kaum Transparenz, auch parteinahe Verbände scheinen dann nicht auf. In einer Stellungnahme kritisiert der Rechnungshof als zentrales Prüforgän der Republik:

„Die Regelungen zum Parteiengesetz sind reformbedürftig, weil sie dem Rechnungshof Österreich derzeit nur Aufgaben ohne echte Kontrollbefugnisse zuweisen. Der Rechnungshof Österreich fordert daher echte Prüfrechte für die Finanzen der Parteien.“⁶² Man tappt quasi im Dunkeln.

*„Die Regelungen zum Parteiengesetz sind reformbedürftig.“
(Rechnungshof)*

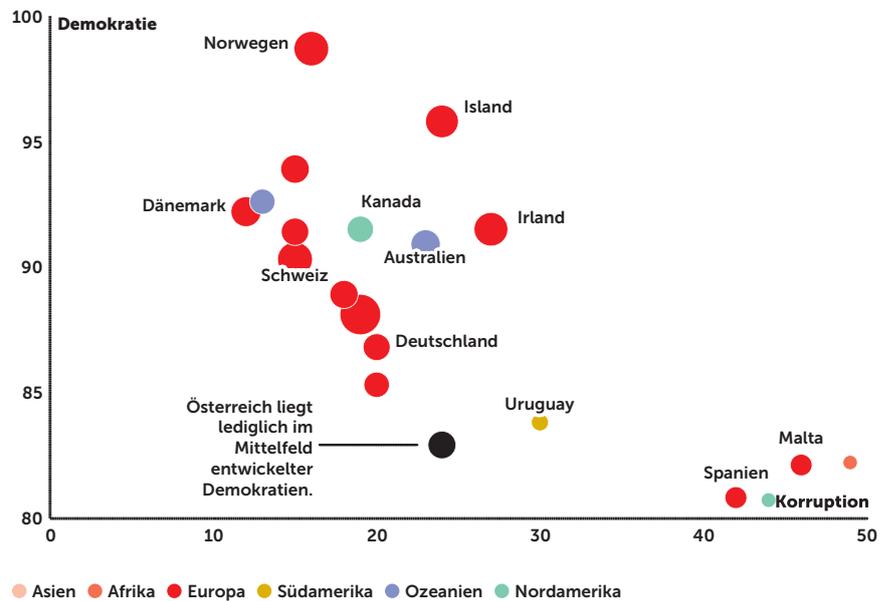
⁶² Rechnungshof (2019).

⁶³ Vgl. Addendum (2019).

⁶⁴ Vgl. Grossmann (2018).

Korruption in entwickelten Demokratien

– Größe der Kreise entspricht dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf



Quelle: Eigene Darstellung, Transparency International (2018), Weltbank (2019b), Economist Intelligence Unit (2019). Anmerkung: Aus Darstellungsgründen wurden der "Democracy Index" und der "Corruption Perception Index" skaliert.

Wenig Transparenz

Während der Staat von Bürgern, Steuerzahlern und Unternehmen maximale Transparenz einfordert, gibt er sich selbst bedeckt. Die Transparenzdatenbank ist eine Farce, Amtsträger berufen sich schnell auf das „Amtsgeheimnis“, um ihr Handeln nicht erklären zu müssen, und die Verstöße gegen Transparenzvorgaben werden sanktionslos zur Kenntnis genommen. Obwohl die Transparenzdatenbank Aufschluss über die Effizienz und Höhe öffentlicher Förderungen geben soll, findet der Bürger auf dem Transparenzportal (www.transparenzportal.gv.at) nur wenige Informationen vor. Zumal insbesondere die Gemeinden die Transparenzdatenbank weitgehend boykottieren.⁶³ Und ob die Mittel zielgerichtet eingesetzt werden, wird auch nicht untersucht. Die Bürger sollen sowieso nicht mit zu viel Einsicht behelligt werden. Dabei ist klar: Höhere Transparenz ist die Grundvoraussetzung dafür, dass der Staat effizienter mit den Mitteln umgeht.⁶⁴ Denn nur dann lassen sich die Maßnahmen messen, vergleichen und evaluieren.

Es ist keine Überraschung, dass Österreich im viel beachteten Korruptionsindex von Transparency International nicht auf den Top-Plätzen rangiert, sondern im europäischen Mittelfeld.

Dominante Schattenregierung

Ein wesentlicher Teil des österreichischen Politiksystems sind zudem die großen Pflichtvertretungen in Form der Arbeiter- und Wirtschaftskammern. Alleine die beiden größten Kammern haben 2017 zusammen Kammerbeiträge von nicht weniger als 1,5 Milliarden Euro von ihren Mitgliedern erhalten. Im Gegensatz zu Interessenvertretungen anderer Länder äußern und positionieren sie sich auch gezielt politisch: Sie stellen ihre Forderungen etwa in Einklang mit wahlwerbenden Parteien, mischen somit in Wahlkämpfen mit und schreiben nicht selten Gesetzestexte. Dass von der Arbeiter- und der Wirtschaftskammer oft als „Schattenregierung“ gesprochen wird, kommt also nicht von ungefähr. Mit ihren 7.800 Mitarbeitern kommt ihnen in der österreichischen Realverfassung eine große politische Bedeutung zu, formal und informell. Regierungen haben in der Vergangenheit immer wieder wichtige Entscheidungen an die Sozialpartner ausgelagert. Funktionäre sind oft im Parlament oder in Regierungsfunktionen vertreten. Gesetze werden begutachtet und auch geschrieben.

Die beiden größten Kammern sind zentrale Machtbasen der beiden Parteien ÖVP und SPÖ. In diesen Interessenvertretungen haben die jeweiligen Parteienfamilien überproportionales Gewicht. Und umgekehrt sind die Vertreter der Kammern auch oft mit politischer Macht ausgestattet, wie beispielsweise die Regierungsbank zeigt, auf der ihnen in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder ein wichtiger Platz eingeräumt wurde.⁶⁵ Doch die Kammern sind auch längst in größerem Umfang als Interessenvertreter aktiv. Aber nur selten geht es transparent dabei zu. So kritisierte der Rechnungshof 2015, dass Kammer-Unternehmen nicht offenlegten, ob sie Geschäfte mit den Parteien machten. Beispielsweise wurde auch über die Fraktionsförderung der Kammern politische Wahlwerbung betrieben. Die rund 230 Millionen Euro Parteienförderung wurden damit 2018 nochmals um 27,4 Millionen Euro aufgebessert, mit Geldern aus den Pflichtbeiträgen. Profitiert ha-

ben davon vor allem ÖVP (14,3 Millionen Euro) und SPÖ (6,8 Millionen Euro).⁶⁶

Intransparent ist man auch bei der Verwendung der Zwangsbeiträge der Mitglieder. So sind die Kammern vor allem für die eigenen Funktionäre ein Gewinn, insbesondere die Pensionsregelungen sind im Vergleich großzügig: Aktuelle Rechnungshofberichte zeigen, dass Kammermitarbeiter sich über höhere Pensionen freuen dürfen als Bundesbeamte.⁶⁷

Handlungsempfehlungen

Sanktionen und Offenlegung: Die bisherige Reform der Parteienfinanzierung ist nicht weitreichend genug. Die Deckelung der Spendenhöhe ohne gleichzeitige Kontrollmöglichkeit durch den Rechnungshof wird weitgehend wirkungslos bleiben. Eine wirkliche Reform sähe wie folgt aus: Die Parteien müssen ihre Einnahmen ausnahmslos offenlegen. Auch Zuwendungen von Vereinen und Interessenvertretungen müssen allesamt veröffentlicht werden. Dem Rechnungshof obliegt die Prüfaufsicht. Für die Sanktionierung soll ein strafrechtlicher Tatbestand der illegalen Parteienfinanzierung eingeführt werden.

Schluss mit dem Amtsgeheimnis: In Österreich ist es der unangemessene Normalfall, dass Behörden und ihre Amtsträger gerne den Mantel der Verschwiegenheit über ihr Tun stülpen. Das Informationsfreiheitsgesetz ist im EU-Vergleich zahnlos. Ein umfassendes Recht auf Information und Einsicht in die Akten der Verwaltung sollten Usus sein. Doch Österreich leistet sich immer noch die europaweite Einzigartigkeit, dass öffentliche Auf- und Verträge standardmäßig unter Verschluss bleiben.⁶⁸ Damit muss Schluss sein: Wenn Steuergeld ausgegeben wird, sollten alle damit in Verbindung stehenden Verträge für die Öffentlichkeit einzusehen sein, ob das Geld nun von der Bundes-, der Landesverwaltung oder einem staatseigenen Betrieb ausgegeben wurde. Verschwiegenheit sollte die Ausnahme und nicht die Regel sein, etwa aus Gründen der öffentlichen Sicherheit.

⁶⁵ Vgl. Ennser-Jedenastik (2016).

⁶⁶ Vgl. Salzburger Nachrichten (2019).

⁶⁷ Vgl. Rechnungshof (2019).

⁶⁸ Vgl. Forum Informationsfreiheit (2019).

Ein umfassendes Recht auf Information und Einsicht in die Akten der Verwaltung sollten Usus sein.

Föderalismus durchleuchten: Will man mehr Steuerverantwortung und höhere Effizienz im Spiel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, dann braucht es auch radikale Offenheit. Es muss uneingeschränkte Transparenz und Kontrollmöglichkeiten in den Haushalten der Bundesländer und Gemeinden geben. Alle Ausgaben und Förderungen sollen offengelegt werden. Auch die Verträge, die die öffentliche Hand eingeht, sollen einsehbar sein. Ansonsten bleiben Maßnahmen wie eine Schuldenbremse ineffektiv. Bundesländer sollen zudem mit finanziellen Sanktionen belegt werden, wenn sie ihre Förderungen nicht in die Transparenzdatenbank übertragen. Der Bund soll im Rahmen des Finanzausgleichs Ertragsanteile der Gebietskörperschaften in der Summe zurückhalten, in der das Fördervolumen nicht vollständig in die Transparenzdatenbank eingetragen wurde. Erst wenn die Förderungen offengelegt sind, können sie aufeinander abgestimmt, Mehrfachförderungen verhindert und die Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Und auch der Finanzausgleich selbst muss als zentrale Umverteilungsmaschine zwischen Bund und Ländern transparenter werden.⁶⁹

Licht in die Schattenregierung: Die Selbstverwaltung ist in vielen Bereichen zu eng mit der Politik und der staatlichen Verwaltung verwoben. Kammerfunktionäre mischen sich in Gesetzgebung und -werdung ein. Dabei sollten sie sich weniger um die Unterstützung politischer Parteien als um einen kostengünstigen Service für ihre Mitglieder kümmern. Unabhängigkeit ist keine Einbahnstraße: Wollen die Kammern eine Selbstverwaltung ohne poli-

tische Einmischung, sollten sie sich auch nicht auf der Regierungsbank oder im Parlament wiederfinden. So wie es auch in anderen Bereichen mittlerweile üblich ist, könnte das über eine „Drehtür“-Regulierung gesteuert werden, die verhindert, dass Interessenvertreter politische Funktionen übernehmen und nahtlos wieder in ihre Interessenvertretungen gehen. Statt einer Pflichtmitgliedschaft braucht es in einem Rechtsstaat eine unbürokratische Möglichkeit des Ausstiegs. Wer die Leistungen der Arbeiter- bzw. Wirtschaftskammer nicht in Anspruch nehmen möchte, sollte auch nicht dafür bezahlen müssen. Allerdings wurde den Kammern das Vertretungsmonopol bereits zugesichert. Im Gegenzug dürfen sich die Pflichtmitglieder aber mehr Transparenz und geringere Beiträge erwarten. Die Kammerumlagen müssten deutlicher als bis dato angekündigt gesenkt werden. Dass sich Pflichtmitglieder der Kammern durch parlamentarische Anfragen arbeiten müssen, um zu erfahren, wofür ihre Beiträge verwendet werden, ist nicht akzeptabel. Wie mit den Beiträgen aus gesetzlichen Pflichtvertretungen umgegangen wird, muss transparent sein, auch wenn es etwa um die Zusatzpensionskosten oder die Marketing- und PR-Aktivitäten geht. Der Rechnungshof sollte umfassend prüfen und die Berichte auch veröffentlichen müssen. Wer Zwangseinnahmen verwaltet und ausgibt, muss genau und zeitnah aufschlüsseln, wofür die Mittel eingesetzt werden.

⁶⁹ Vgl. Keuschnigg & Loretz (2015).

Literatur

Addendum (2019). Denn sie wissen nicht, was sie ausgeben. Addendum, Politometer. Online verfügbar: <https://www.addendum.org/politometer/kategorie/verwaltung/ausgaben-foerderungen/> (abgerufen am 05.08.2019).

Agenda Austria (2018a). Ein Kleinwagen für die Sozialversicherung. Agenda Austria, Wien. Online verfügbar: <https://www.agenda-austria.at/grafiken/kleinwagen-pro-jahr-fuer-sozialversicherung/> (abgerufen am 17.06.2019).

Agenda Austria (2018b). Digitalpotenzial #3 Verwaltung. Online verfügbar: <https://digitalisierung.agenda-austria.at/abschnitt/3-verwaltung> (abgerufen am 18.07.2019).

Agenda Austria (2018c). Wie sich die hohe Arbeitslosigkeit senken lässt. Online verfügbar: <https://www.agenda-austria.at/publikationen/wie-hohe-arbeitslosigkeit-senken/> (abgerufen am 18.07.2019).

Arbeitsmarktservice (2019a). Offene Stellen nach Arbeitsmarktbezirken. Online verfügbar: <http://iambweb.ams.or.at/ambweb/> (abgerufen am 25.07.2019).

Arbeitsmarktservice (2019b). Arbeitslose nach Arbeitsmarktbezirken. Online verfügbar: <http://iambweb.ams.or.at/ambweb/> (abgerufen am 25.07.2019).

Arbeitsmarktservice (2019c). Offene Stellen im Zeitvergleich, 3/2019. Online verfügbar: <http://iambweb.ams.or.at/ambweb/> (abgerufen am 05.06.2019).

Arbeitsmarktservice (2019d). Verweildauer Arbeitsloser nach Alter. Online verfügbar: <http://iambweb.ams.or.at/ambweb/> (abgerufen am 25.07.2019).

Arbeitsmarktservice (2019e). Spezialthema zum Arbeitsmarkt – Arbeitsmarktdaten im Kontext von Bildungsabschlüssen. Arbeitsmarktservice, Wien. Online verfügbar: https://www.ams.at/content/dam/download/arbeitsmarktdaten/oessterreich/berichte-auswertungen/001_spezialthema_0319.pdf (abgerufen am 25.07.2019).

Arnold, D., Arntz, M., Gregory T., Steffes, S., Zierahn, U. (2016). Herausforderungen der Digitalisierung für die Zukunft der Arbeitswelt. ZEW Policy Brief 16-08, Mannheim. Online verfügbar: <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/policybrief/pb08-16.pdf> (abgerufen am 24.07.2019).

Literatur

Arntz, M., Gregory T., Zierahn, U. (2018). Digitalisierung und die Zukunft der Arbeit: Makroökonomische Auswirkungen auf Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Löhne von morgen. ZEW, Mannheim. Online verfügbar: <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/DigitalisierungundZukunftderArbeit2018.pdf> (abgerufen am 24.07.2019).

Asen, E., Bunn, D. (2019). Capital Cost Recovery across the OECD, 2019. Tax Foundation Fiscal Fact No. No. 646. Online verfügbar: <https://files.taxfoundation.org/20190401171446/Capital-Cost-Recovery-across-the-OECD-2019.pdf> (abgerufen am 24.07.2019).

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (2019). Mangelberufsliste 2019. Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, Wien. Online verfügbar: <https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/1/4/7/CH3434/CMS1547032827870/mangelberufsliste.pdf> (abgerufen am 05.06.2019).

Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (2015). Land der Gründer – Auf dem Weg zum gründerfreundlichsten Land Europas. Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, Wien. Online verfügbar: https://www.bmdw.gv.at/Presse/AktuellePresseMeldungen/Documents/Gruendung_Handout_150413.pdf (abgerufen am 18.07.2019).

Christl, M., Feller, W., Köppl-Turyna, M. (2018). Deutsch ist Geld: Integration von Migranten am Arbeitsmarkt. Policy Brief, Agenda Austria, Wien. Online verfügbar: <https://www.agenda-austria.at/publikationen/deutsch-ist-geld/> (abgerufen am 06.06.2019).

Darvas, Z., Martin, P., Ragot, X. (2018). The economic case for an expenditure rule in Europe. Bruegel, Blog-Post. Online verfügbar: <http://bruegel.org/2018/09/the-economic-case-for-an-expenditure-rule-in-europe/> (abgerufen am 17.06.2019).

Der Standard (2019a). Österreich ersparte sich seit Finanzkrise 69 Milliarden Euro an Zinsen. Online verfügbar: <https://derstandard.at/2000095955085/Oesterreich-ersparte-sich-seit-Finanzkrise-69-Milliarden-Euro-an-Zinsen> (abgerufen am 17.06.2019).

Der Standard (2019b). Erfolgreiche Jobvermittlung: Wenn statt dem Franzi der Ali kommt. Online verfügbar: <https://www.derstandard.at/story/2000097519319/erfolgreiche-jobvermittlung-wenn-statt-dem-franzi-der-ali-kommt> (abgerufen am 18.07.2019).

Dräger, J., Müller-Eiselt, R. (2015). Die digitale Bildungsrevolution. Deutsche Verlags-Anstalt, München.

Literatur

Economist Intelligence Unit (2019). Democracy Index. Online verfügbar: <https://www.eiu.com/topic/democracy-index> (abgerufen am 05.08.2019).

Ennser-Jedenastik, L. (2016). Die personelle Verflechtung zwischen Sozialpartnern und Bundesregierung in Österreich, 1945–2015. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 45(3), 29–44. Online verfügbar: <https://webapp.uibk.ac.at/ojs/index.php/OEZP/article/view/1815/1467> (abgerufen am 05.08.2019).

EU-Kommission (2018a). Taxation Trends in the European Union – Data for the EU Member States, Iceland and Norway. Publications Office of the European Union, Luxembourg. Online verfügbar: https://ec.europa.eu/taxation_customs/sites/taxation/files/taxation_trends_report_2018.pdf (abgerufen am 17.06.2019).

EU-Kommission (2018b). The 2018 Ageing Report: Economic and Budgetary Projections for the EU Member States (2016-2070). EU-Kommission, Luxembourg. Online verfügbar: https://ec.europa.eu/info/publications/economy-finance/2018-ageing-report-economic-and-budgetary-projections-eu-member-states-2016-2070_en (abgerufen am 30.04.2019).

EU-Kommission (2019a). Ameco – Annual Macro-Economic Database. Online verfügbar: https://ec.europa.eu/economy_finance/ameco/user/serie/SelectSerie.cfm (abgerufen am 18.06.2019).

EU-Kommission (2019b). Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststelle – Länderbericht Österreich 2019. Online verfügbar: https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/file_import/2019-european-semester-country-report-austria_de.pdf (abgerufen am 04.06.2019).

EU-Kommission (2019c). Fiscal Rules Database. Online verfügbar: https://ec.europa.eu/info/publications/fiscal-rules-database_en (abgerufen am 17.06.2019).

EU-Kommission (2019d). Taxation Trends in the European Union – Data for the EU Member States. EU-Kommission, Luxemburg. Online verfügbar: https://ec.europa.eu/taxation_customs/sites/taxation/files/taxation_trends_report_2019.pdf (abgerufen am 25.07.2019).

EU-Kommission (2019e). European Innovation Scoreboard 2019. Online verfügbar: <https://ec.europa.eu/docsroom/documents/36062> (abgerufen am 25.07.2019).

Literatur

EU-Kommission (2019f). Country Report Austria 2019. European Commission, Brussels. Online verfügbar: https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/file_import/2019-european-semester-country-report-austria_en.pdf (abgerufen am 05.08.2019).

Eurostat (2019a). Birth rate of enterprises in the EU. Online verfügbar: <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/DDN-20190208-1> (abgerufen am 01.06.2019).

Eurostat (2019b). Arbeitslosenquoten – Jährliche Daten. Online verfügbar: <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tipsun20/default/table?lang=de> (abgerufen am 25.07.2019).

Eyraud, L., Lledó, V. D., Dudine, P., Peralta, A. (2018). How to Select Fiscal Rules – A Primer. International Monetary Fund, Fiscal Affairs Department, Washington. Online verfügbar: <https://www.imf.org/en/Publications/Fiscal-Affairs-Department-How-To-Notes/Issues/2018/03/15/How-to-Select-Fiscal-Rules-A-Primer-45552> (abgerufen am 17.06.2019).

Forum Informationsfreiheit (2019). Forderungen und Initiativen. Online verfügbar: <https://www.informationsfreiheit.at/transparenzgesetz-at/> (abgerufen am 05.08.2019).

Grossmann, B. (2018). Förderungen in Österreich: Definitionen, Volumina und Vorschläge zur Effizienzsteigerung. Österreichische Nationalbank, Studie im Auftrag des Fiskalrates. Online verfügbar: https://www.fiskalrat.at/dam/jcr:5922ea1e-0c36-4167-a9e7-67b22c4b209b/Studie_F%C3%B6rderungen_2018.pdf (abgerufen am 05.08.2019).

Hallet, R., Hutt, R. (2016). 10 jobs that didn't exist 10 years ago. World Economic Forum. Online verfügbar: <https://www.weforum.org/agenda/2016/06/10-jobs-that-didn-t-exist-10-years-ago/> (abgerufen am 25.07.2019).

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (2019). Die österreichische Sozialversicherung in Zahlen. Wien. Online verfügbar: <https://www.sozialversicherung.at/cdscontent/load?contentid=10008.643707> (abgerufen am 18.06.2019).

Invest Europe (2019). European Private Equity Activity Data. Invest Europe, Brüssel.

Literatur

Janger, J., Kügler, A. (2018). Innovationseffizienz – Österreich im internationalen Vergleich. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Wien. Online verfügbar: https://www.wifo.ac.at/publikationen/publikationssuche?detail-view=yes&publikation_id=61111 (abgerufen am 18.07.2019).

Keuschnigg, C., Loretz, S. (2015). Macht braucht Verantwortung – Warum die Länder ihre Ausgaben über eigene Steuern finanzieren sollten. Agenda Austria, Wien. Online verfügbar: <https://www.agenda-austria.at/publikationen/macht-braucht-verantwortung/> (abgerufen am 22.08.2019).

Keuschnigg, C., Sardadvar, S. (2019). Wagniskapital zur Finanzierung von Innovation und Wachstum. WPZ – Wirtschaftspolitisches Zentrum, St. Gallen und Wien. Online verfügbar: https://www.rat-fte.at/files/rat-fte-pdf/fti-dokumente/RFTE_Wagniskapitalfinanzierung_20190604.pdf (abgerufen am 18.07.2019).

Keuschnigg, C., Ecker, B., Gassler, H., Hofer, H., Koch, S., Kuscej, H., Lassnigg, L., Reiner, C., Sellner, R., Skriner, E., Vogtenhuber, S. (2013). Vision Österreich 2050 – Vorsprung durch Bildung, Innovation und Wandel. Institut für Höhere Studien (IHS), Wien. Online verfügbar: http://www.equi.at/dateien/keuschnigg-etal_2013_OE2050.pdf (abgerufen am 18.07.2019).

Keynes, J. M. (1963). Economic possibilities for our grandchildren (1930). Essays in persuasion, 358–73 Harcourt Brace, New York. Online verfügbar: <http://www.econ.yale.edu/smith/econ116a/keynes1.pdf> (abgerufen am 18.07.2019).

Koch, M., Manuylov, I., Smolka, M. (2019). Robots and firms. CESifo Working Paper No. 7608, CESifo, Munich. Online verfügbar: https://www.ifo.de/DocDL/cesifo1_wp7608.pdf (abgerufen am 18.07.2019).

Köppl-Turyna, M., Kucsera, D., Neck, R. (2017). Growth of public consumption in Austria: testing Wagner's law and Baumol's cost disease. Working Paper No. 10, Agenda Austria, Wien. Online verfügbar: <https://www.agenda-austria.at/wp-content/uploads/2018/04/working-paper-no-10-growth-of-public-consumption.pdf> (abgerufen am 05.08.2019).

Kucsera, D., Sustala, L. (2019). Damit sich Arbeit wieder lohnt. Agenda Austria, Wien. Online verfügbar: <https://www.agenda-austria.at/publikationen/damit-sich-arbeit-wieder-lohnt/> (abgerufen am 17.06.2019).

Kurier (2019). AMS-Chef Kopf: „Nicht jeder, der will, findet Arbeit“. Online verfügbar: <https://kurier.at/wirtschaft/karriere/johannes-kopf-im-interview-wer-hat-welche-chancen-am-jobmarkt/400520053> (abgerufen am 18.07.2019).

Literatur

- Naudé, W., Surdej, A., Cameron, M. (2019).** The Past and Future of Manufacturing in Central and Eastern Europe: Ready for Industry 4.0?. IZA DP No. 12141, IZA Institute of Labor Economics. Online verfügbar: <http://ftp.iza.org/dp12141.pdf> (abgerufen am 18.07.2019).
- OECD (2015).** OECD Economic Surveys Austria. OECD Publishing, Paris. Online verfügbar: <https://www.oecd.org/eco/surveys/Austria-2015-overview.pdf> (abgerufen am 05.08.2019).
- OECD (2016).** Fiscal Decentralization Database. OECD Publishing, Paris. Online verfügbar: <https://www.oecd.org/tax/federalism/fiscal-decentralisation-database.htm> (abgerufen 28.08.2019).
- OECD (2018).** Education at a Glance: OECD Indicators 2018. OECD Publishing, Paris. Online verfügbar: <https://www.oecd.org/education/education-at-a-glance-2018-data-and-methodology.htm> (abgerufen am 18.07.2019).
- OECD (2019a):** Taxing Wages 2019. OECD Publishing, Paris. Online verfügbar unter: https://doi.org/10.1787/tax_wages-2019-en (abgerufen am 17.6.2019).
- OECD (2019b):** Talent Attractiveness: How does your country compare in each dimension? OECD, Paris. Online verfügbar: <https://www.oecd.org/migration/talent-attractiveness/how-does-your-country-compare-in-each-dimension.htm> (abgerufen am 17.06.2019).
- OECD (2019c).** Employment by activities and status (ALFS). OECD. Stat. Online verfügbar: https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=ALFS_EMP (abgerufen am 25.07.2019).
- OECD (2019d).** OECD Labour Force Statistics 2019. OECD Publishing, Paris.
- OECD/EU (2019).** Zusammen wachsen: Integration von Zuwanderern: Indikatoren 2018. OECD Publishing, Paris. Online verfügbar: <https://doi.org/10.1787/150be71f-de> (abgerufen am 18.07.2019).
- Rechnungshof (2019).** Was jetzt getan werden muss: Fünf Punkte für echte Kontrolle der Parteienfinanzen und der Wahlkampfkosten. Presseinformation, Rechnungshof Österreich. Online verfügbar: https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/news/Was_jetzt_getan_werden_muss__Funf_Punkte_fuer_echte_Kontr.html (abgerufen am 05.08.2019).
- Rostam-Afschar, D. (2014).** Entry regulation and entrepreneurship: a natural experiment in German craftsmanship. *Empirical Economics*, 47(3), 1067–1101.

Literatur

Sachverständigenrat (2018). Jahresgutachten 18/19. Vor wichtigen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. Online verfügbar: https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg201819/JG2018-19_gesamt.pdf (abgerufen am 17.06.2019).

Salzburger Nachrichten (2019). Extrazuschluss für die Parteien. Printausgabe vom 08.08.2019.

Shanghai Ranking (2019). Global Ranking of Academic Subjects 2019. Online verfügbar: <http://www.shanghairanking.com/Shanghairanking-Subject-Rankings/index.html> (abgerufen am 15.07.2019).

Sickinger, H. (2013). Politisches Geld. Parteienfinanzierung und öffentliche Kontrolle in Österreich. Czernin Verlag, Wien.

Spengel, C., Nicolay, K., Werner, A.-C., Olbert, M., Steinbrenner, D., Schmidt F., Wolf, T. (2018). Steuerliche Standortattraktivität digitaler Geschäftsmodelle. PWC, Mannheim. Online verfügbar: <https://www.pwc.de/de/steuern/pwc-studie-steuerlicher-digitalisierungsindex-2018.pdf> (abgerufen am 24.07.2019).

Statistik Austria (2018a). Bevölkerungsprognose 2017–2100 für Österreich – Ausführliche Tabellen der Hauptvariante (Schnellbericht). Online verfügbar: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/demographische_prognosen/bevoelkerungsprognosen/index.html (abgerufen am 04.06.2019).

Statistik Austria (2018b). Ausgaben für Sozialeleistungen nach Funktionen 1980 bis 2017. Online verfügbar: https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/sozialschutz_nach_eu_konzept/sozialausgaben/020175.html (abgerufen am 04.06.2019).

Statistik Austria (2018c). Ausgaben für Pensionsleistungen nach Funktionen 1980 bis 2017. Online verfügbar: https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/sozialschutz_nach_eu_konzept/sozialausgaben/index.html (abgerufen am 04.06.2019).

Statistik Austria (2019a). Lohnsteuerstatistik 2017. Online verfügbar: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/oeffentliche_finanzen_und_steuern/steuerstatistiken/lohnsteuerstatistik/index.html (abgerufen 18.06.2019).

Statistik Austria (2019b). Jährliche Personeneinkommen. Online verfügbar: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/personen-einkommen/jaehrliche_personen_einkommen/index.html (abgerufen 18.06.2019).

Literatur

Statistik Austria (2019c): Lohnsteuerstatistik 2017 – Mikrodaten. Online verfügbar: http://www.statistik.at/web_de/services/mikrodaten_fuer_forschung_und_lehre/datenangebot/standardisierte_datensaetze_sds/index.html (abgerufen 18.06.2019).

Statistik Austria (2019d). Berechnung der fernerer Lebenserwartung gemäß Sterbetafel 2010/2012. Online verfügbar: <http://www.statistik.at/Lebenserwartung/Start.jsp> (abgerufen 18.06.2019).

The ATP Group (2018). Annual Report 2018. Online verfügbar: <https://www.atp.dk/sites/default/files/the-atp-group-annual-report-2018.pdf> (abgerufen am 24.07.2019).

The World University Ranking (2019). World University Ranking 2019. Online verfügbar: <https://www.timeshighereducation.com/world-university-rankings> (abgerufen am 01.06.2019).

Transparency International (2018). Corruption Perceptions Index 2018. Online verfügbar: <https://www.transparency.org/cpi2018> (abgerufen am 05.08.2019).

Weltbank (2019a). Doing business report 2019. The World Bank, Washington. Online verfügbar: https://www.doingbusiness.org/content/dam/doingBusiness/media/Annual-Reports/English/DB2019-report_web-version.pdf (abgerufen am 05.08.2019).

Weltbank (2019b). World Bank Database. Online verfügbar: <https://data.worldbank.org> (abgerufen am 05.08.2019).

Wieser, T. (2018). Fiscal Rules and the Role of the Commission. VOX CEPR Policy Portal. Online verfügbar: <https://voxeu.org/article/fiscal-rules-and-role-commission> (abgerufen am 17.06.2019).

Wiener Zeitung (2017). Es droht ein Sanierungsproblem. Online verfügbar: https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/895263_Mit-Zinsanstieg-und-Pensionslasten-droht-Sanierungsproblem.html (abgerufen am 17.06.2019).

World Economic Forum (2018). Global Competitiveness Report 2018. World Economic Forum, Geneva. Online verfügbar: <http://www3.weforum.org/docs/GCR2018/05FullReport/TheGlobalCompetitivenessReport2018.pdf> (abgerufen am 05.08.2019)

Impressum

Herausgegeben von der Denkfabrik



www.agenda-austria.at

Herausgeber

Dr. Franz Schellhorn

Autoren

Mag. Hanno Lorenz

Dr. Dénes Kucsera

Prof. Dr. Wolfgang Nagl

Mag. Lukas Sustala

Redaktion & Koordination

Jean-Pierre Bednar, MSc.

Christoph Beranek, MSc.

Konzept & Design

Rosebud

Lektorat

MMag.^a Judith Kreiner

Infografiken

Dominic Spitaler

September 2019

© Agenda Austria, Vereinigung für wissenschaftlichen Dialog und gesellschaftliche Erneuerung, Wien.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung des Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

Die Publikation verwendet allein aus Gründen der leichten Lesbarkeit durchgängig die grammatikalisch männliche Form.

